

**Bezirkskonferenz 2017 Jusos im  
Bezirk Braunschweig**

# **Beschlussbuch**



## Inhaltsverzeichnis

Antragsbereich	Antrage	Seiten
<b>A</b> Arbeitsprogramm	A1 – Arbeitsprogramm der Jusos im Bezirk Braunschweig 2017	3 – 17
<b>G</b> Grundsatzprogramm	G1 - Grundsatzprogramm	18 – 63
<b>H</b> Hochschulpolitik	H1 - Qualität der Lehre an Hochschulen und Universitäten erhalten  H2 - Abschaffung der Exzellenzinitiativen  H3 - Abschaffung der Altersgrenze in der studentischen Kranken- und Pflegeversicherung	64 – 65  66  67 - 68
<b>S</b> Schulpolitik	S1 – Kein Lobbyismus an Schulen	69-71
<b>W</b> Wirtschaft	W1 – Arbeit 4.0 – Wirtschaft 4.0 – Leben 4.0	72-74

# A1

## Angenommen

AntragstellerInnen: Bezirksvorstand

A1 Arbeitsprogramm der Jusos im Bezirk Braunschweig

A

Das Bezirksarbeitsprogramm: **Weil der Mensch ein Mensch ist!**

5

### 1. Unsere Grundwerte

#### Sozialismus

Sozialismus bedeutet für uns Jusos, dass wir die vorhandenen herrschaftsgeprägten Strukturen des kapitalistischen Wirtschaftssystems überwinden wollen. Uns reicht es nicht aus, nur durch sozialen Ausgleich eine angenehmere Welt für einen größeren Teil der westlichen Industrienationalökonomien zu schaffen. Wir gehen einen Schritt weiter, indem wir die Armut schaffenden Strukturen international durchbrechen wollen. Diesen Grundpfeiler skizzieren wir wie folgt mit drei grundsätzlichen Aussagen:

Wir wollen nicht nur Ungleichheiten abmildern, sondern das kapitalistische System durchbrechen, welches Ungleichheiten produziert und reproduziert.

Wir wollen, dass Menschen nicht mehr danach bewertet werden, ob sie einer profitorientierten Welt nützlich sind, bzw. ob sie in einem System funktionieren.

20

3. Wir wollen, dass jeder Mensch frei und selbstbestimmt sein eigenes Leben gestalten kann. Als frei denkende SozialdemokratInnen ist es daher unsere Aufgabe, einen langen Aufklärungsprozess zu betreiben. Einen Aufklärungsprozess, der davon getragen wird, die unmenschlichen weltweiten Zustände zu thematisieren. Die Mehrheit der Bevölkerung soll dabei politisch aktiviert werden und die bestehenden kapitalistischen Mechanismen

nicht mehr akzeptieren. Gleichzeitig gilt es den Menschen von den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus als alternatives Gesellschaftssystem zu überzeugen, in dem

alle Menschen von Fremdbestimmung und Abhängigkeit befreit sind. Wirtschaftliche Prozesse dienen dem Wohl der Gesellschaft, nicht einem kleinen privilegierten Teil der Gesellschaft. Dabei ist darauf zu achten, dass Einkommen und Vermögen möglichst gerecht verteilt ist. Wichtig ist dabei zu verstehen, dass dieser Prozess niemals beendet sein kann. Vielmehr ist der Kampf um den Sozialismus und für den Sozialismus als immerwährende Aufgabe zu verstehen - so wie es im Grundsatzprogramm der SPD entnommen werden kann. Dies setzt aber voraus, dass sich alle Menschen frei, gleich und solidarisch verhalten.

## **Feminismus**

### **Die Jusos als feministischer Richtungsverband**

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband, damit ist die Gleichstellung der Geschlechter einer unserer bedeutsamsten Forderungen. Denn trotz einiger Errungenschaften wie das Wahlrecht und die gesetzliche Gleichstellung der Frau erkennen wir weiterhin eine grundlegende gesellschaftliche Diskriminierung der Frau. Wir wollen das alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können, fern von Diskriminierung und Abhängigkeiten. Aus diesem Grund ist die Gleichstellung der Geschlechter ein wichtiger Schritt auf dem Weg in eine gerechtere Zukunft. Es gibt unterschiedliche gesellschaftliche, ökonomische und politische Aspekte, welche die Benachteiligung der Frau eindeutig aufzeigen. Einige davon werden im folgenden erläutert:

### **Geschlechtergerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt**

Der Arbeitsmarkt spiegelt Geschlechtergerechtigkeiten in einem besonderen Maße wieder. Zwar ist die Erwerbsquote der Frauen in der Vergangenheit stetig gestiegen, jedoch arbeiten Frauen noch heute durchschnittlich für sehr viel weniger Geld als ihre männlichen Kollegen. Zum einen sind es in erster Linie Frauen, welche in prekären Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt sind. Frauen stellen in Deutschland mit fast 70% die große Mehrheit derjenigen, die für Niedriglöhne arbeiten. Ursachen und Hintergründe sind vielfältig. So weisen einige Dienstleistungsbranchen, in denen besonders viele Frauen arbeiten, besonders hohe Niedriglohnarbeit auf, z.B. das Gastgewerbe mit 63%, der Einzelhandel mit 40%, aber auch das Gesundheits- und Sozialwesen. Dies hat zur Folge, dass Frauen etwa 22% weniger verdienen als Männer (Gender Pay Gap).

Doch auch in der selben Berufstätigkeit mit den selben Qualifikationen sind wir von einer Entgeltgleichheit weit entfernt. Frauen verdienen in dieser Situation in etwa 7% weniger als ihre männlichen Kollegen.

## **2. Sexismus und Rollenklischees**

Darüber hinaus setzen wir uns auch gegen sämtliche Erscheinungsformen von sexistischem Gedankengut ein. Auch unser Verband ist zum Teil davon geprägt, in geschlechtlichen Rollenklischees zu denken. Hier gilt es für uns als Feministinnen und Feministen anzusetzen. Um diese konservativ-reaktionären Verhaltensweisen zu reflektieren, werden wir deshalb auf allen Seminaren gleichstellungsspezifische Workshops anbieten.

Denn der Kampf gegen Sexismus ist und bleibt ein Kampf gegen Rassismus. Oder wie es August Bebel bereits vor 100 Jahren sagte: Ein Sozialist ist ein Feminist, oder er ist kein Sozialist.

## **2. Weiblichkeit und Medien**

Auch heute noch werden viele junge Mädchen in der Familie nicht richtig aufgeklärt. Frauenbild und Weiblichkeit werden zunehmend durch die Massenmedien beeinflusst. Primär prägend sind jedoch die sozialen Milieus. Materielle Benachteiligung und Bildungsferne sind für die Ausbildung einer emanzipierten Weiblichkeit nachteilig.

„Sex sells“ scheint das Werbemotto zu sein. Allerdings verbirgt sich meist Sexismus dahinter““.

Oft dient die Frau –in der Werbung für Männerprodukte–als Objekt der Begierde.

Teilweise geht das so weit, dass die Frau zur Ware zu werden scheint. Sexismus in der Werbung reicht von Rollenklischees bis zur Verharmlosung von Gewalt an Frauen.

## **3. Sexuelle und sexualisierte Gewalt**

Frauen werden nach wie vor überdurchschnittlich oft Opfer von (hauslicher) Gewalt. Es werden bundesweit jährlich ca. 13.000 Fälle von sexueller Notigung bzw. Vergewaltigung angezeigt. Die Dunkelziffer wird auf das Zehn- bis Zwanzigfache geschätzt. Schuld an einem Übergriff ist immer der Täter, nie das Opfer.

Das Motiv für sexualisierte Gewalt ist nicht Sexualität, sondern Macht. Sexualität wird funktionalisiert, um Frauen und Mädchen zu demütigen, sie zu erniedrigen und zu unterdrücken, mit dem Ziel, sich selbst als mächtig zu erleben.

Sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Frauen hat viele Erscheinungsformen. Sie beginnt mit

der "alltäglichen Anmache", mit frauenfeindlicher Sprache, Witzen und Beschimpfungen, die wohl jede Frau und jedes Mädchen kennt und die oftmals nicht einmal als Gewalt definiert wird, eben weil sie so häufig vorkommt, dass sie wie normal erscheint. Diskriminierungen verschiedener Art

begegnen Frauen in der Werbung, in den Medien, im Internet etc. und Mädchen und Frauen sind in vielfältigen Situationen von tatlicher sexualisierter Gewalt bedroht: Sexuelle Belästigungen im Alltag, am Telefon und am Arbeitsplatz sind keine Ausnahmefälle.

Gewalt beginnt dort, wo Mädchen und Frauen in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt werden, also bereits dann, wenn sie bestimmte Orte, Wege oder Situationen meiden müssen, um nicht beleidigt, belästigt oder bedroht zu werden.

## **Internationalismus**

### **Juso sein heißt InternationalistIn sein!**

Wir Jusos verstehen uns als internationalistischer Richtungsverband, somit gilt die internationale Solidarität als einer unserer bedeutsamsten Grundwerte. Sie muss gerade in Zeiten wie diesen für uns mehr als selbstverständlich sein. Als InternationalistInnen setzen wir uns mit unseren PartnerInnen und Partnern aus aller Welt für Frieden, Freiheit und Solidarität ein. In der globalisierten Welt sehen wir einerseits neue Optionen und Emanzipationschancen, andererseits sind wir mit neuen und stärkeren (wechselseitigen) Abhängigkeiten konfrontiert. Viele ökonomische und soziale Probleme können heute nur noch international gelöst werden. Es bedarf einer Zusammenarbeit aller emanzipatorischen Kräfte weltweit.

### **Ein vereintes Europa als Ziel**

Der europäische Gedanke ist für uns nicht nur eine Idee, sondern ein Ziel. Europa muss weg vom nationalstaatlichen Denken hin zu einem europäischen Gemeinschafts- und Selbstverständnis, das staatenübergreifende Interessen in den Vordergrund stellt. Wir fordern die "Vereinigten Staaten von Europa", um mit allen Europaerinnen und Europaern langfristig eine gemeinsame politische Zukunft zu formen. Derzeit steht Europa am Scheideweg. Die nationalstaatlichen Reaktionen zur Flüchtlingskrise, der Griechenlandkrise sowie der Brexit zeigen vor allem eines auf: Einen Mangel an europäischer Solidarität. Viele Menschen begreifen Europa als eine reine Interessengemeinschaft in Wirtschaftsfragen. Das ist nicht das Europa, als das wir es begreifen. Wir fordern, dass nach der Wirtschafts- und Währungsunion nun auch die europäische Sozialunion folgt. Demzufolge fordern wir die Anpassung der derzeit teilweise sehr unterschiedlichen Lebensstandards. Mittel hierfür sind unter anderem ein europäischer

Mindestlohn, europäisches Sozialversicherungssystem ein angeglichenes Steuersystem und eine Abkehr von der neoliberalen Handels- und Privatisierungspolitik in Europa. Das Ziel ist ein Europa, in dem überall gleichwertiges und gutes Leben möglich ist.

## **Das Juso-Grundsatzprogramm**

Als inhaltliches Grundgerüst neben dem Arbeitsprogramm dient dem Bezirk Braunschweig das Grundsatzprogramm. In diesem soll die inhaltliche Ausrichtung des Bezirks umrissen werden. Es dient allen Verbandsmitgliedern zur Orientierung und ermöglicht unterschiedlichste politische Themen auf diesen Wertekanon hin kritisch zu überprüfen. Das Grundsatzprogramm soll zur Bezirkskonferenz stets auf Änderungen !!! und ggf. geändert und dementsprechend neu beschlossen werden.

135

## **2. Organisation**

### **Bezirksvorstandssitzungen**

Der Bezirksvorstand ist dafür zuständig, die Projekte seiner Mitglieder und die Seminare organisatorisch zu begleiten und finanzielle Entscheidungen zu treffen. Daneben sollen die Bezirksvorstandssitzungen aber auch als inhaltliche Plattform verstanden werden. Der Bezirk ist die Summe seiner Unterbezirke, demnach können alle Jusos des Bezirks zu den Vorstandssitzungen erscheinen. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes sind von der Bezirkskonferenz gewählt und den Interessen des gesamten Bezirks verpflichtet. Die Arbeit des Bezirks lebt vom Miteinander aller Jusos. Gemeinsam wollen wir den Bezirk inhaltlich und organisatorisch gestalten und ständig weiterentwickeln. Auf den Sitzungen soll es deshalb sowohl um organisatorische Dinge gehen, wie auch inhaltliche Themen besprochen werden. Die Verknüpfung von Inhalten und organisatorischem soll die Attraktivität der Sitzungen steigern. In der Organisationsform des Bezirksvorstands soll unsere Kritik an Herrschafts- und Machtformen zum Ausdruck kommen. Wissensmonopole aufzulösen und sie allen TeilnehmerInnen der Bezirks-Vorstandssitzungen zugänglich zu machen, ist dazu ein erster Schritt. Die Sitzungen finden einmal im Monat statt, wobei sie in möglichst vielen Unterbezirken stattfinden sollen. Der Bezirksvorstand ist angehalten, bei Bedarf Expertinnen und Experten für bestimmte Themenfelder in den Bezirksvorstand zu kooptieren.

### **Online Auftritt und Social-Media-Team**

Um unsere Außendarstellung zu verbessern, überarbeiten wir die Homepage des Juso-Bezirks, indem wir sie auf Termine und Einladungen reduzieren. Damit tragen wir dem Umstand Rechnung, dass die Homepage nicht regelmäßig und auch nur von wenigen Menschen genutzt wird.

Durch den Ausbau unserer Präsenz auf Facebook kompensieren wir die entstehende Lücke in der Onlinepräsenz. Dort werden zukünftig Berichte in Form kurzer Artikel mit Bildern präsentiert.

Zudem mochten wir von der Möglichkeit, bezahlte Beiträge zu schalten, Gebrauch machen. Damit ist es möglich, unsere Reichweite auf Facebook deutlich zu erhöhen.

Mit dieser neuen Strategie erhoffen wir uns, effektiver als bisher unsere Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und potenzielle Neumitglieder anzusprechen. Die bisherigen Verantwortlichkeiten für die Homepage und die sozialen Netzwerke übertragen wir ein neu zu schaffendes Social Media-Team. Dieses soll mit drei Personen besetzt werden. Eines dieser Mitglieder soll aus den Reihen des Bezirksvorstandes entstammen. Die anderen beiden Plätze sollen im gesamten Bezirk ausgeschrieben und schließlich vom Bezirksvorstand ernannt werden. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, engagierte und versierte Jusos in das Social Media-Team zu holen.

### **Jusos vor Ort – Unterbezirke unterstützen!**

Der Bezirk lebt durch starke Unterbezirke. Um Vorort mitgestalten zu können brauchen wir aktive Juso-Gliederungen. Aus diesem Grund ist es Aufgabe des Bezirks die Juso-Gliederungen zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund mochten wir das Patenschaftsmodell des Bezirks weiterführen. Das bedeutet, dass jeweils ein Mitglied im Bezirksvorstand einem Unterbezirk zur Seite steht und insbesondere in organisatorischen Fragen unterstützt. Darüber hinaus soll einmal im Jahr eine Unterbezirksvorsitzenden-Konferenz stattfinden, um die Vorsitzenden der Unterbezirke zu vernetzen und Konzepte zur Organisation eines Unterbezirks vorzustellen.

### **Konferenzvorbereitungen**

Vor wichtigen Konferenzen und Parteitagen werden wir als Jusos uns als Delegation treffen, um Verhalten und Verhandlungsführung auf der Konferenz zu besprechen.

### **3. Für linke Mehrheiten kämpfen – Kampagnenarbeit zur Bundestagswahl**

Das Jahr 2017 steht auch !! die Jusos Braunschweig im Lichte der kommenden Bundestagswahl. Gemeinsam mit den Kandidatinnen und Kandidaten Vorort mochten wir für unsere Inhalte kämpfen und den Menschen im Bezirk Braunschweig zeigen, dass die Jusos und die SPD die besten Ideen für die Politik in unserem Land haben. Dabei gilt für uns, dass wir für einen politischen Neuentwurf und für linke Mehrheiten im Bund kämpfen!

#### **Unsere inhaltlichen Schwerpunkte**

Auf dem Wahlkampfseminar im März 2017 haben wir uns auf folgende Schwerpunkte für die kommende Bundestagswahl geeinigt:

##### **1) Investitionen in Infrastruktur und Bildung**

Die Forderung nach mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur muss zur kommenden Bundestagswahl ganz oben auf der Agenda stehen. Wir brauchen mehr Geld, um Schulen besser auszustatten, mehr Lehrkräfte und Sozialpädagogen einzustellen, digitale Lehrmedien einzusetzen und ein besseres Lernumfeld zu schaffen. Wir wollen, dass Straßen, Brücken und das Schienennetz erneuert und gut ausgebaut werden. Wir wollen, dass die Netzinfrastruktur auf dem neuesten Stand ist.

##### **2) Steuergerechtigkeit herstellen**

Um in die Zukunft investieren zu können und um die Schere zwischen arm und reich endlich wirksam zu schließen, setzen wir auf mehr Steuergerechtigkeit. Wir wollen die Abgeltungssteuer abschaffen, Kapital muss endlich wieder wie Arbeit besteuert werden. Wir wollen die Vermögenssteuer einführen, denn wer mehr als genug hat, der oder die kann zum Gemeinwohl auch mehr beitragen. Es gilt Steuer-Vermeidung und – flucht konsequenter zu bekämpfen. Wir wollen den Spitzensteuersatz anheben und eine gerechte Ausgestaltung der Erbschaftssteuer. Vermögen und Chancen müssen endlich wieder gerechter verteilt sein.

### **3) Mindestvergütung von Azubis**

Wir wollen, dass junge Leute auf eigenen Beinen stehen können und einen guten Start in ihr Berufsleben haben. Jeder junge Mensch soll das Recht auf einen Ausbildungsplatz haben. Dafür müssen mehr Unternehmen ausbilden. Deshalb fordern wir die Ausbildungsplatzumlage. Die Ausbildungsqualität muss sich verbessern, Überstunden und ausbildungsfremde Tätigkeiten müssen der Vergangenheit angehören. Wir fordern eine Mindestvergütung für Azubis in Höhe des BAföG-Hochstsatzes. Schulgelder müssen abgeschafft werden. Wir wollen mehr Planbarkeit und Sicherheit beim Berufseinstieg, deshalb muss die sachgrundlose Befristung abgeschafft werden. Die Übernahme nach der erfolgreichen Ausbildung muss garantiert werden. Auch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für unter 25-Jährige ohne Berufsbildung müssen ausgebaut werden.

230

### **Die Rolle des Juso-Bezirks im Wahlkampf**

Der Juso-Bezirk hat den Anspruch innerhalb des Bundestagswahlkampfes vor allem koordinierend tätig zu sein. Wir möchten die Unterbezirke vorort im Wahlkampf sowohl inhaltlich als auch organisatorisch unterstützen. Dabei möchten wir z.B. einen Katalog an Vorlagen für einfach umzusetzende Wahlkampfaktionen liefern. Bei Bedarf sollen Unterbezirke die Möglichkeit bekommen, bei der Umsetzung von Aktionen in den UBs (Anmeldung von Ständen, Beschaffung von Werbematerial ...) Unterstützung bekommen. Darüber hinaus soll der Bezirk als Plattform zum Austausch zwischen den Unterbezirken dienen, um voneinander zu lernen und Ressourcen effizient zu nutzen. Zusätzlich ist der Bezirksvorstand angehalten für die Aktionen vorort Personen aus allen Unterbezirken zu mobilisieren und diese selbst personell zu unterstützen.

### **Das Kampagnen-Team**

Zur Realisierung der Vorschläge soll aus den Reihen des Bezirksvorstandes und interessierten Mitgliedern ein Kampagnenteam, bestehend aus 3 Personen, benannt werden. Neben der Erstellung des Aktionskatalogs soll das Kampagnenteam laufend, über die Aktionen in den Unterbezirken informiert sein, mit den Verantwortlichen vorort in Kontakt stehen und den Bezirksvorstand über die aktuelle Situation informieren.

## **Online mitdenken!**

Der Online-Wahlkampf nimmt in der modernen Wahlkampfführung eine immer wichtigere Funktion ein. Aus diesem Grund mochten wir als Bezirk diese Möglichkeit des Wahlkampfes aktiv nutzen. Auf der Facebook-Seite des Bezirks wollen wir unsere Forderungen verbreiten, unsere Infostände bewerben und unsere KandidatInnen vorstellen. Zur besseren Kommunikation soll ein Mitglied des Kampagnen-Teams aus dem Online-Team entstammen.

## **Jusos vor Ort – Unterbezirke unterstützen!**

Der Bezirk lebt durch starke Unterbezirke. Um Vorort mitgestalten zu können brauchen wir aktive Juso-Gliederungen Vorort. Aus diesem Grund ist es Aufgabe des Bezirks die Juso-Gliederungen zu unterstützen. Vor dem Hintergrund mochten wir das Patenschaftsmodell des Bezirks weiterführen. Das bedeutet, dass jeweils ein Mitglied im Bezirksvorstand einem Unterbezirk zur Seite steht und insbesondere in organisatorischen Fragen unterstützt. Darüber hinaus soll einmal im Jahr eine Unterbezirkvorsitzenden-Konferenz stattfinden, um die Vorsitzenden der Unterbezirke zu vernetzen und Konzepte zur Organisation eines Unterbezirks vorzustellen.

## **Konferenzvorbereitungen**

Vor wichtigen Konferenzen und Parteitagungen werden wir als Jusos uns als Delegation treffen, um Verhalten und Verhandlungsführung auf der Konferenz zu besprechen.

## **3. Politische Bildungsarbeit**

### **Das Einstiegsseminar**

Das Einstiegsseminar gilt dem Zweck die Bildungsarbeit der Jusos im Bezirk Braunschweig zu optimieren. Dieses Wochenende wollen wir dazu nutzen uns gemeinsam die Fragen zu stellen: Wer sind wir und wofür stehen wir? Was bedeuten unsere Grundwerte Feminismus, Sozialismus und Internationalismus? Darüber hinaus wollen wir unsere Rolle als Jusos innerhalb unserer Mutterpartei beleuchten und uns mit dem Konzept der kritischen Solidarität sowie unserer

Doppelstrategie auseinandersetzen. Darüber hinaus sollen Workshops angeboten werden in denen die Grundlagen der politischen Arbeit vermittelt werden sowie methodische Fertigkeiten erlernt werden können.

### **Das Schwerpunktseminar**

Das Konzept des Schwerpunktseminars resultiert aus dem Wunsch vieler Jusos die inhaltliche Projektarbeit zu intensivieren. Dieses Wochenende wollen wir dazu nutzen die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Juso-Jahres zu vertiefen und Debatten zu führen aus denen inhaltlich fundierte Anträge zur nächsten Bezirkskonferenz entstehen können. Wir möchten das alle Jusos die Möglichkeit haben die aktuelle Debattenlage im Bezirk sowie im Bundesverband aufzunehmen und aktiv zu gestalten. Dahingehend soll das Schwerpunktseminar auch dazu genutzt werden, den aktuellen Diskurs aus den jeweiligen Bundesprojekten wiederzugeben. Darüber hinaus soll an diesem Wochenende jedes Bezirksprojekt ausreichend Zeit zur Eigengestaltung erhalten.

### **Der Super-Juso-Tag**

Das Konzept des Super-Juso-Tages ist im letzten Jahr sehr gut angelaufen. Ziel des Konzeptes ist es die Sitzungen unserer Projekte nicht unter der Woche individuell in verschiedenen Unterbezirken sondern gemeinsam an einem Ort an einem Tag statt - auf dem sogenannten Super-Juso-Tag – stattfinden zu lassen. Bei dem Super-Juso-Tag, der dreimal pro Jahr an einem Samstagvormittag starten soll, wird jedes Projekt einen Workshop anbieten. Nach der ersten Workshopphase wird zunächst ein gemeinsames Mittagessen, nach der zweiten bzw. letzten Phase ein attraktives kulturelles Ereignis angeboten. Ziel des Super-Juso-Tags ist es, viele Juso-Mitglieder für die bezirksweite Projektarbeit zu gewinnen, die bislang durch das „alte Modell“ nicht aktiviert werden konnten.

### **Das Frühlingscamp**

Mit dem Frühlingscamp haben wir ein erfolgreiches Seminar-konzept, um die inhaltliche Arbeit mit der Vernetzung der Unterbezirke zu kombinieren. Neben der Arbeit des Bezirks soll dabei auch die inhaltliche Arbeit der Unterbezirke Platz finden und eine Möglichkeit gegeben werden, über die Grenzen des eigenen Unterbezirks zusammen an inhaltlichen Themen zu arbeiten. Das Frühlingscamp soll dieses Jahr wieder 4-tägig organisiert werden. Dazu soll auch im besonderem das Frühlingscamp Raum zur Freizeitbeschäftigung bieten, damit die TeilnehmerInnen aus dem Bezirk sich auch untereinander besser kennen lernen.

### **Verbandstage:**

Neben der zahlreichen inhaltlichen Arbeit wollen wir im nächsten Jahr auch wieder versuchen kulturelle Angebote zu machen. Darunter fällt beispielsweise gemeinsames Grillen, Filmabende etc. Die Angebote erfolgen möglichst kostengünstig, damit es Jeder und Jedem möglich ist, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen. Weitere Freizeitangebote erfolgen über die Unterbezirke und können im ganzen Bezirk beworben werden, damit auch den anderen Unterbezirken die Möglichkeit der Teilnahme gegeben wird.

#### **4. Heute morgen gestalten - die Bezirksprojekte:**

##### **Projekt Internationales**

Wir Jusos verstehen uns als InternationalistInnen, um diesem Anspruch gerecht zu werden ist ein Verständnis für globale Zusammenhänge und die Auseinandersetzung mit überstaatlichen Angelegenheiten essenziell. Viele soziale sowie ökonomische Probleme können in einer globalisierten Welt nur auf transnationaler Ebene gelöst werden. Eine solche Auseinandersetzung steht im Zentrum des Projektes Internationales im kommenden Jahr. Es richtet sich an alle Jusos, die sich für globale Politik und die Beziehungen zwischen Staaten und Menschen im Rahmen internationaler Arbeit interessieren. Die internationale Arbeit in unserem Verband gliedert sich zum einen in den theoretischen Diskurs und zum anderen in den Austausch mit anderen Verbänden weltweit. Im nächsten Jahr möchte das Projekt den Schwerpunkt auf einen solchen Austausch legen. Der inhaltliche Schwerpunkt wird gemeinsam mit den Teilnehmenden in den ersten Sitzungen festgelegt.

##### **Projekt Umwelt**

Der wachsende Konsum und damit der Verbrauch natürlicher Ressourcen unseres Planeten stellt auf lange Sicht eine große Gefahr dar, der wir Menschen uns stellen müssen. Die damit einhergehende Ressourcenknappheit aber ebenso die durch deren Abbau und Weiterverarbeitung ausgelösten Umweltauswirkungen wie Wasser- und Bodenverschmutzung, die Abholzung von Wäldern, der Rückgang von Fisch- und anderen Tierbeständen oder die Klimaerwärmung müssen erheblich reduziert werden, um langfristig und nachhaltig Leben zu ermöglichen.

Wir wollen uns in diesem Projekt mit zukunftsweisenden Ideen und deren Umsetzung beschäftigen. Zu nennen sind hier beispielsweise Brennstoffzellenantriebe, Müllvermeidung und Recycling oder die sozialvertragliche Umgestaltung unserer Energiegewinnung. Außerdem möchten wir uns verstärkt den Themen Energie- und Verkehrswende widmen, bei denen es einen immensen Nachholbedarf gibt.

Dies setzt eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit voraus, um mehr Menschen von der Dringlichkeit umweltpolitischen Handelns zu überzeugen. Dazu wollen wir an Infoständen ins Gespräch kommen, an Diskussionen teilnehmen und mit anderen BündnispartnerInnen zusammenarbeiten. Denn nur zusammen können wir ein deutliches Zeichen setzen und die Umweltbelastungen signifikant senken. JedeR kann seinen Teil dazu beitragen, ob bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder der bewussten Wahl verpackungsfreier Lebensmittel.

## **Projekt Migration**

355

„Der Geburtsort ist keine Leistung“

Mit diesem Verständnis können wir die verschiedenen Gruppen in unseren Gesellschaften sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede genauer in den Blick nehmen:

Welche gibt es? Was wissen wir über sie? Worin ähneln sie uns und wodurch unterscheiden sie sich? Gibt es für sie Gleichberechtigung, mit Hindernissen oder ohne? Welche Hautfarbe wir haben, wie wir etwas aussprechen, was wir glauben oder was wir essen, das alles ist natürlich wichtig für uns. Aber das muss uns nicht voneinander trennen. Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung geht darüber hinaus, alle Gruppen nur willkommen zu heißen. Sie befähigt dazu, Einseitigkeiten, Stereotypen und Vorurteile anzugehen und jedem Jugendlichen und seiner Familie mit Respekt und Anteilnahme zu begegnen.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass Hetze gegen Minderheiten Einzug in die Politik bekommt. Wir dürfen und wollen keine Politik gegen eine bestimmte Gruppe von Menschen und daher machen wir uns lautstark gegen alle Menschenverachtende Parteien stark und kämpfen dafür, dass auch nach 72 Jahren eine Nation bleibt in der alle, wirklich alle Menschen leben können.

Wir Jusos setzen uns für mehr Aufklärung ein. Die Gesellschaft ist in der Pflicht, Versäumnisse in Sachen Integration wieder gut zu machen und durch Aufklärung Menschen zu einander zu bringen. Wir stehen dafür ein, dass Kommunen nicht alleine gelassen werden und die Verwaltung Nachhaltige Projekte in Sachen Integration und Inklusion fordert.

Im kommenden Jahr wollen wir uns damit auseinandersetzen welche Konzepte es gibt und wie man sie umsetzen kann. Zum einen möchte wir uns mit der institutionellen

Representation von Musliminnen und Muslimen in unserer Gesellschaft auseinandersetzen. Denn wir glauben nicht, dass die derzeitige Zusammenarbeit

beispielsweise mit der DITIB oder Schura der richtige Weg ist. Diese Strukturen sprechen nicht für alle Mitglieder der muslimischen Gemeinschaft. Dieser Problematik und weiteren wollen wir uns im nächsten Jahr nähern.

385

16

### **Projekt Arbeit, Wirtschaft und Soziales**

Der Bezirk Braunschweig hat bereits in der Vergangenheit eine breite Auswahl an arbeitsmarktpolitischen Positionen beschlossen. Auf Grundlage dessen, möchte sich das Projekt Arbeit und Wirtschaft in diesem Jahr mit den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in der Arbeitswelt nähern. Wir möchten uns mit der Beschlusslage und der Definition von guter Arbeit des Bezirks und des Bundesverbandes auseinandersetzen und diese auf ihre Aktualität hin !!!!!!! und eine neue Debatte zum Thema gute Arbeitsbedingungen und gute Ausbildung im Bezirk anregen.

### **Projekt Bildung**

Für die Arbeit der Jusos spielt Bildungspolitik eine zentrale Rolle. Viele von uns gehen zur Schule, studieren oder machen eine Ausbildung und sind somit ganz direkt von bildungspolitischem Geschehen betroffen. Im Mittelpunkt des Projektes steht in den nächsten Monaten deshalb vor allem die Forderung unserer Juso SchülerInnen- und Hochschulgruppen, denn bei der Auseinandersetzung mit bildungspolitischen Themen sollten vor allem diejenigen zu Wort kommen, die taglich damit konfrontiert sind.

Vor allem die Vernetzung der SchülerInnen im Bezirk kann dabei helfen, den Austausch untereinander zu fördern und unsere Arbeit in der Bildungspolitik weiter zu verbessern. Neben den SchülerInnengruppen spielt in den kommenden Monaten auch die

Juso-Hochschulgruppe der TU Braunschweig eine wichtige Rolle im Bezirk. Sie miteinzubeziehen und bei ihrer Arbeit zu unterstützen soll ebenso Aufgabe des Projekts Bildung sein.

410

415

# G1

AntragstellerInnen: Bezirksvorstand (Projekt  
Grundsatzprogramm)

G1 Grundsatzprogramm der Jusos im Bezirk Braunschweig

## **Grundsatzprogramm der Jusos im Bezirk Braunschweig**

### **Wir wollen einen Golden Globe für alle Menschen**

5

#### **Vorwort**

Das vorliegende Grundsatzprogramm der Jusos im Bezirk Braunschweig ist Resultat der ein-jährigen Projektarbeit im Rahmen unserer Juso-Tagesseminarreihe („Super-Juso-Tage“). Jede und jeder aktive Juso im Bezirk Braunschweig hatte damit die Möglichkeit sich an der Erarbeitung des Juso-Grundsatzprogramms zu beteiligen und an der Ausgestaltung mitzuwirken.

Das Grundsatzprogramm hat dabei den Anspruch allen jungen, aber auch erfahrenen Jusos eine Orientierung unserer inhaltlichen Beschlusslagen in sämtlichen Politikfeldern zu bieten. Grundsätzliche Beschlüsse der Jusos aus dem Bezirk Braunschweig oder dem Juso-Bundesverband sind hierbei mit eingeflossen.

Das Grundsatzprogramm erhebt aber keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist dahingehend auch veränderbar. Deshalb sollen die aktiven Jusos dieses Programm auch laufend dahingehend überprüfen, ob man inhaltliche Aspekte um einige Themen erweitern oder gar in dem einen oder man künftig bei bestehenden Politikfeldern andere Inhalte vertreten möchte.

Wie der Untertitel des Grundsatzprogramms schon vermuten lässt, haben wir uns für dieses Schriftstück etwas besonderes überlegt: Um den Anreiz vor allem für neue aktive Jusos zu erhöhen, sich ein inhaltliches Programm von mehr als 40 Seiten durchzulesen, haben wir sämtliche inhaltlichen Themengebiete mit einem Filmtitel bzw. in zwei Fällen mit einem Filmhelden und einer Filminstitution hinterlegt.

30

Wir hoffen euch vor allem mit dem letztgenannten Punkt viel Freude zu bereiten und dass alle Jusos aus dem Bezirk Braunschweig die Inhalte aus diesem Programm mit Leben füllen.

# Inhaltsverzeichnis

35

## 1. Kill the Boss – Arbeit, Wirtschaft und Sozialstaat

1.1 Denn sie wissen nicht, was sie tun...

Kapitalistische Strukturen überwinden

40

1.2 Metropolis

Arbeit ist mehr als Broterwerb

1.3 Mockingjay

Unser Verhältnis zum Staat

1.4 The Hunger Games

Re-Regulierung des Arbeitsmarktes

1.5 Catching Fire

Betriebliche & unternehmerische Mitbestimmung ausbauen

1.6 I, Robot

Arbeit & Industrie 4.0 nutzen

1.7 Die Rückkehr des Königs

Für eine aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik

1.8 The Wolf of Wall Street

Finanzmärkte regulieren

1.9 Die fetten Jahre sind vorbei

Steuersätze für hohe Einkommen & Kapitalerträge anheben

1.10 Jäger des verlorenen Schatzes Einführung

der Vermögens- & Erbschaftssteuer

1.11 Let's make money

Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge entgegenreten

---

## 2. American Beauty – Gleichstellung, Inklusion und Gesellschaftspolitik

2.1 Suffragette

Jusos als Teil der feministischen Bewegung

2.2 Kick it like Beckham Patriarchale

Strukturen durchbrechen

2.3 Billy Elliot - I will dance

Strukturkonservative Denk- und Verhaltensmuster überwinden

70

2.4 Brokeback Mountain

Für eine tolerante Gesellschaft

2.5 Fack ju Göhte

Inklusion statt Integration

2.6 Die Truman-Show

Informationelle Selbstbestimmung

2.7 An jedem verdammten Sonntag Säkularisierung in

Deutschland und der Welt voranbringen

2.8 Gladiator

Kritik an der Kommerzialisierung vieler Lebensbereiche

2.9 Bube, Dame, König, Gras Für eine

emanzipierte Drogenpolitik

2.10 Boyhood

Kinder- und Jugendbeteiligung stärken

85

### 3. James Bond 007 – Außen- und Sicherheitspolitik

- 3.1 Skyfall  
No Border, No Nation
  - 3.2 Im Angesicht des Todes  
Kein Mensch ist illegal
  - 3.3 Lizenz zum Töten  
Waffenexporte und Kriegseinsätze unterbinden
  - 3.4 Der Spion, der mich liebte  
Umgang mit den USA
  - 3.5 Liebesgrüße aus Moskau Dialoge statt  
Sanktionen
  - 3.6 Im Geheimdienst ihrer Majestät  
Die EU nach dem BREXIT
  - 3.7 Casino Royale  
Armut in Drittstaaten bekämpfen
  - 3.8 Sag niemals nie Zwei-Staaten-Lösung  
in Nahost realisieren
  - 3.9 Golden Eye  
Arbeit von Geheimdiensten kontrollieren
  - 3.10 Jagd auf Dr. No Rechte  
Strukturen bekämpfen
  - 3.11 Der Mann mit dem goldenen Colt Für  
eine anonymisierte Polizeikennzeichnung
- 

115

### 4. Der Club der toten Dichter – Bildung, Studium und Ausbildung

- 4.1 Das verwunschene Kind  
Qualität in KITAs sicherstellen
- 120 4.2 Hogwarts  
Gegliedertes Schulsystem abschaffen, Gesamtschulen ausbauen
- 4.3 Der Stein der Weisen  
KiWi-Prinzip ablehnen
- 4.4 Die Kammer des Schreckens  
Sitzenbleiben und Noten abschaffen
- 4.5 Der Orden des Phönix  
SchülerInnen- und Studierendenvertretungen stärken
- 4.6 Die Heiligtümer des Todes  
Universitäten sind keine Berufsausbildungsanstalten
- 4.7 Der Gefangene von Askaban  
Elternunabhängiges Bafög einführen
- 4.8 Der Halbblutprinz Duale  
Ausbildung fördern

## 5. The Day After Tomorrow – Umwelt, Energie und Verkehr

- 5.1 Zurück in die Zukunft  
Re-Kommunalisierung von Energiekonzernen
  - 5.2 Zurück in die Zukunft Teil 2  
Erneuerbare statt fossile Energien
  - 5.3 Zurück in die Zukunft Teil 3  
Streckenausbau und Attraktivität im ÖPNV vorantreiben
  - 5.4 Minority Report  
E-Mobilität fördern
  - 145 5.5 Höllentour  
Fahrradinfrastruktur ausbauen
  - 5.6 Wall-E  
Weltweite Umweltverschmutzung eindämmen
- 

150

## 6. Rogue One: A Juso-Story – Unser Verhältnis zu anderen Organisationen

- 6.1 Eine neue Hoffnung  
Erneuerung der SPD schreitet voran
- 6.2 Die dunkle Bedrohung Bekämpfung  
der AfD
- 6.3 Die Rache der Sith  
Umgang mit der Union
- 6.4 Das Imperium schlägt zurück  
FDP als Regierungspartner?
- 6.5 Das Erwachen der Macht Rot-  
Rot-Grüne Mehrheiten nutzen
- 6.6 Die letzten Jedi  
Unser Verständnis vom Juso-Verband

165

170

175

180

185

# 1. Kill the Boss – Arbeit, Wirtschaft und Sozialstaat

Wir Jusos definieren uns als sozialistischen Richtungsverband. Der Widerspruch zwischen den volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital stellt für uns den ersten Hauptwiderspruch innerhalb des Kapitalismus dar. Dieser muss aufgearbeitet und überwunden werden. Dabei spielen die politischen Themenfelder Arbeit, Wirtschaft und Soziales eine zentrale Rolle für das Verständnis, was es bedeutet SozialistIn bzw. JungsozialistIn zu sein. Im Folgenden werden daher zunächst unsere arbeits- und wirtschaftstheoretischen Inhalte skizziert, bevor wir praxisbezogene Handlungsfelder darstellen.

200

## 1.1 Denn sie wissen nicht, was sie tun...

### Kapitalistische Strukturen überwinden

Oberstes Ziel für uns Jusos ist es das kapitalistische Wirtschaftssystem zu überwinden. Basis unserer Kritik am Kapitalismus ist die marxistische Analyse. Der demokratische Sozialismus stellt für uns eine Alternative zur derzeitigen Produktionsweise dar.

Wir werden uns beim Kampf um den Sozialismus allerdings nicht treiben lassen: Bürgerliche Fragestellungen, wie ein demokratischer Sozialismus denn konkret aussehen soll, können nicht abschließend beantwortet werden. Es ist nicht entscheidend und schon gar nicht zielführend, diese Fragen als politische Minderheit heute beantworten zu wollen. Unser Ziel ist es vielmehr um eine gesellschaftliche Mehrheit zu kämpfen, die die heutigen Strukturen nicht mehr akzeptiert. Ist dieser Schritt erfüllt – und nur dann – können Antworten auf die künftige Produktionsweise und den Wirtschaftsstrukturen erfolgen.

Sozialismus ist demnach auch kein „Endzustand“ sondern eine immerwährende Aufgabe. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auf die Grundwerte der SPD, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zu verweisen. Nur wenn diese Grundwerte für die zukünftige Gestaltung einer neuen Gesellschaft international zusammen mit politischer und wirtschaftlicher Demokratie für alle Menschen in allen Politikfeldern erfüllt sind, kann sich eine sozialistisch geprägte Gesellschaft entfalten.

## 1.2 Metropolis

### Arbeit ist mehr als Broterwerb

Arbeit besitzt im Kapitalismus mehrere Funktionen: Zum einen tritt sie in Form von Erwerbsarbeit auf, die vor allem das Primäreinkommen von Menschen und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherstellt. Erwerbsarbeit kann dabei auch eine weitere Funktion von Selbsterfüllung und Identifikation beinhalten. Diese Funktion ist aber kein Automatismus. Denn wie Marx im Kapital vom „Doppelt freien Arbeiter“ zynisch festgestellt hat, ist einE ArbeiterIn zwar von feudalen Verhältnissen befreit, aber auch frei von sämtlichen Produktionsmitteln. In diesem Zusammenhang ist einE ArbeitnehmerIn gezwungen, seine bzw. ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um überleben zu können – zur Not ist man also dazu gezwungen Tätigkeiten auszuüben, die man nicht ausführen möchte.

Darüber hinaus beinhaltet Erwerbsarbeit im Kapitalismus auch die Funktion der Kapitalakkumulation: EinE ArbeitnehmerIn wird stets ausgebeutet, bekommt also nur einen Bruchteil seiner bzw. ihrer erbrachten Leistung als Lohn oder Gehalt. Der restliche nicht vergütete Teil, der von Marx als „Mehrwert“ beschrieben wird, bleibt hingegen beim Arbeitgeber.

Für uns Jusos geht es also darum innerhalb des derzeitigen Wirtschaftssystems diesen beschriebenen „Mehrwert“ zu verringern, aber auch die Arbeit nicht allein auf die Form der Erwerbsarbeit zu reduzieren. So gibt es weitere Formen jenseits der Erwerbsarbeit, die wir vor allem auch aus feministischer Perspektive auf alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen verteilen wollen, da der Anteil der gesamtgesellschaftlichen sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeitszeit von Frauen zum einen niedriger ausfällt als der von Männern. Andererseits wird die mit der Familien- und Sorgearbeit zumindest eine von den drei weiteren Arbeitsformen überdurchschnittlich stark von Frauen ausgeübt – oft ohne entsprechende Anerkennung.

255

Schließlich tragen die Arbeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit für viele Menschen mehr zur Identifikation und Selbsterfüllung bei als es die reine Erwerbsarbeit schafft. Die anderen Formen bilden die bereits genannte Sorgearbeit sowie Arbeit im Sinne von Bildung sowie ehrenamtliches Engagement. Es kommt für uns darauf an, auf die höhere gesellschaftliche Anerkennung der anderen drei Arbeitsformen hinzuwirken.

265

### 1.3 Mockingjay

270

#### Unser Verhältnis zum Staat

275

Der Kapitalismus produziert innerhalb von Volkswirtschaften ökonomische Ungleichheiten unter allen Individuen einer Gesellschaft, welches für benachteiligte Personen große Herausforderungen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verursacht. Deshalb benötigen wir aus jungsozialistischer Perspektive im derzeitigen Wirtschaftssystem einen vorsorgenden Sozialstaat, der eine Umverteilung von Reichtum von oben nach unten betreibt und somit das Ziel verfolgt bestehende ökonomische Verhältnisse auszugleichen. Wir Jusos sehen aber als internationalistische Organisation auch Probleme in der Verteilung vom weltweiten Reichtum. Deshalb setzen wir es uns zum Ziel, die Unterschiede zwischen der westlichen Industriestaaten und den restlichen Schwellen- und Entwicklungsländern abzumildern.

Die bestehenden Organisationen, namentlich mit Weltbank und WTO, reichen in ihrer heutigen Struktur nicht aus. Wir sehen eine Chance darin, die Europäische Union als Musterbeispiel dahingehend weiterzuentwickeln. Näheres hierzu wird in der Passage 2.6 erläutert.

290

Dennoch müssen wir festhalten, dass sich ein Staat stets aus ökonomischen Verhältnissen ableitet – also nicht autonom agieren kann. Es stellt sich folglich die Frage, ob ein Staat tatsächlich auch dafür genutzt werden kann, um die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu überwinden. Letzteres ist aus unserer Sicht vor allem aus historischen Gründen zu verneinen. Wir müssen vielmehr auf die bereits beschriebene gesellschaftliche Bewusstseinswerdung in der Zivilbevölkerung hinwirken. Hier kommt es allerdings zu einer Einschränkung, nämlich dass vielen Menschen über den Sozialstaat mehr Ressourcen wie Zeit, Geld, Bildungsmöglichkeiten und Selbstbewusstsein zur Verfügung gestellt werden können. Ein starker Sozialstaat kann also nicht für eine sozialistische Revolution genutzt werden, schafft aber für eine selbige langfristig die Voraussetzung. Das bedeutet natürlich für uns, dass wir innerhalb unserer Mutterpartei für Mehrheiten in sozialen Fragen kämpfen und uns nach Durchsetzung dieser Inhalte für eine starke SPD in Parlamenten auf allen Ebenen einsetzen.

305

Wir Jusos sehen den Staat daher als Mittel zur politischen Gestaltung, der die persönliche Situation vieler Menschen verbessert. Oder anders: Ein Staat soll

ökonomische Ungleichheiten eindämmen anstatt dem freien Markt die Produktion und Reproduktion von Elend zu gewähren. Gleichzeitig werden so die Voraussetzungen geschaffen, dass sich jeder Mensch vom derzeitigen gesellschaftlichen Zustand emanzipieren kann.

## 1.4 The Hunger Games

### Re-Regulierung des Arbeitsmarkts

315

Die Zahlen von der Bundesagentur für Arbeit scheinen seit Jahren durchweg eine positive Arbeitsmarktentwicklung zu kennzeichnen. Das Wort „Vollbeschäftigung“ macht bei vielen politischen Akteuren die Runde. Doch wie sieht es tatsächlich aus? Durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch die rot-grüne Reformpolitik zu Beginn des neuen Jahrtausends haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland massiv zugenommen. Unter prekären Beschäftigungsverhältnissen versteht man jede Form der Erwerbsarbeit, die schlecht oder gar nicht bezahlt oder für den/die ArbeitnehmerIn unfreiwillig befristet und/oder in Teilzeit ausgeübt wird. Konkrete Formen dieser prekären Arbeitsverhältnisse stellen demnach Leih- bzw. Zeitarbeit, Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor, Mini- und Midi-Jobs, sonstige befristete Jobs und Scheinselbständige über Werkverträge dar. Mit anderen Worten alle Beschäftigungsverhältnisse, die vom „Normalarbeitsverhältnis“ abweichen, also einer sozialversicherungspflichtigen 35- bis 40-Stundenwoche, die vertraglich unbefristet und deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn vergütet ist. Zu diesen „Normalarbeitsverhältnissen“ gehörten bis zu den vorgenannten deregulierenden Reformen in Deutschland knapp 90% aller ausgeführten Erwerbsarbeitsverhältnisse. Doch durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts besitzen mittlerweile nur noch knapp 70% aller ArbeitnehmerInnen einen solchen Arbeitsplatz.

335

Die Zunahme dieser auch als atypischer Beschäftigung bezeichneten prekären, also unsicheren Situationen für ArbeitnehmerInnen haben zwei zentral negative Auswirkungen auf die betroffenen Personen: Zum einen fühlen sie sich innerhalb ihrer Belegschaft als ArbeitnehmerIn zweiter Klasse. Ein anderer, noch relativ junger Forschungsaspekt der Hans-Böckler-Stiftung geht allerdings noch viel weiter: Denn die Studie hat ermittelt, dass sich atypische Beschäftigungsverhältnisse sehr negativ auf das Privatleben auswirken – und zwar viel tiefergehend als bislang gedacht. So gibt es eine sehr hohe statistische Abweichung für Trennungen bei Paaren in unverheirateten Beziehungen, in denen mindestens eine Person in

345

einem atypischen Arbeitsverhältnis beschäftigt wird. Insofern stellt die Studie fest, dass ein sicherer Arbeitsplatz nicht nur die materielle Sicherheit schafft, die man zur allgemeinen gesellschaftlichen Teilhabe benötigt, sondern vielmehr auch einen Rückhalt für eine zufriedene Beziehung bietet. Letztlich fühlen wir Jusos uns in unserer Meinung bestätigt, die wir seit Jahren gegenüber Vorschlägen zur Gegensteuerung des demografischen Wandels vertreten: Wir benötigen keine Erhöhung des Kinder- oder Elterngeldes, um die Geburtenrate in Deutschland zu steigern. Vielmehr zeichnet sich eine progressive Familienpolitik durch eine deutliche Anhebung von sicheren und gut bezahlten Beschäftigungsverhältnissen aus. Dafür sind staatliche Korrekturen in der Gesetzgebung zu Hartz I & II erforderlich.

## 1.5 Catching Fire

### **Betriebliche & unternehmerische Mitbestimmung ausbauen**

Demokratie darf nicht am Werktor enden. Wir setzen uns als Jusos daher für den Ausbau betrieblicher und der unternehmerischer Mitbestimmungsrechte für ArbeitnehmerInnen aus.

365

Betriebs- und Personalräte haben zwar als Vertretung aller ArbeitnehmerInnen ohne leitende Tätigkeiten in sozialen Angelegenheiten wie bei Regelungen der Pausen-, Urlaubs-, oder Arbeitszeiten relativ starke Mitbestimmungsrechte, jedoch sind die Mitbestimmung in personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten stark eingeschränkt. Deshalb fordern wir Reformen innerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes, welche den Räten unter anderem bei Kündigungen gegenüber ArbeitnehmerInnen sowie bei Verlagerungen oder gar Schließungen von Produktionsstandorten stärkere Zustimmungsverweigerungsrechte zusichern. Darüber hinaus fordern wir in diesem Zusammenhang ein festes Stimmrecht für VertreterInnen der Jugend- und Ausbildungsververtretungen (JAV) innerhalb der Betriebs- bzw. Personalräte, auch wenn es Angelegenheiten betrifft, die ihre Berufsgruppe nicht tangieren. Denn junge ArbeitnehmerInnen und Auszubildende sind keine MitarbeiterInnen zweiter Klasse.

Außerdem wollen wir eine vollparitätische Besetzung der volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in den Kontrollgremien der Vorstände gewährleisten. Deshalb fordern wir innerhalb der unternehmerischen Mitbestimmung die Ersetzung des Drittelbeteiligungsgesetzes und des Mitbestimmungsgesetzes durch das Montanmitbestimmungsgesetz, welches für alle Kapitalgesellschaften unabhängig von Branche und Größe ausgeweitet werden soll. Nur somit ist es möglich, dass sich innerhalb von Aufsichtsräten Vertretungen von ArbeitnehmerInnen und Anteilseignern auf Augenhöhe begegnen können. Bei der Besetzung

ist ebenfalls darauf zu achten, dass mindestens 40% aller Aufsichtsratsmandate durch Frauen besetzt werden.

390

## **1.6 I, Robot**

### **Arbeit & Industrie 4.0 nutzen**

Die Realwirtschaft befindet sich derzeit in einem Prozess der sogenannten vierten industriellen Revolution. Durch die fortschreitende Zunahme der Digitalisierung in der Erwerbsarbeitswelt stehen wir aktuell vor vielen Herausforderungen, auf die wir als sozialistischer Richtungsverband bereits jetzt Antworten finden müssen. Grundsätzlich sehen wir in diesem Strukturwandel jedoch mehr Chancen auf die allgemeine Verbesserung der Arbeitssituation in der gesamten Berufswelt. Dennoch muss dieser Prozess von uns begleitet und positiv beeinflusst werden. Wie in fast allen Lebensbereichen steht der Zugang zu Bildung – in dem Zusammenhang zu Aus- und Weiterbildung – an erster Stelle, um die Teilhabe möglichst aller Menschen in der Gesellschaft zu ermöglichen. Denn eine Tatsache steht jetzt schon fest: Durch die steigenden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt besteht die Gefahr, dass Menschen abgehängt werden. Deshalb lehnen wir eine Verkürzung der Ausbildungsdauer sowie eine Modularisierung in der dualen Ausbildung ab. Zeitgleich setzen wir uns für eine gesetzlich verbindliche Regelung ein, dass jedem und jeder Angestellten vom Arbeitgeber eine Weiterbildungsmöglichkeit für einen gesetzlich festgelegten Zeitraum pro Jahr angeboten werden muss.

410

Darüber hinaus müssen wir bereits aktuell sichtbaren Tendenzen entgegentreten, die die Gesundheit von vielen ArbeitnehmerInnen negativ beeinflussen. Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen beispielsweise durch Homeoffice-Optionen zunehmend. Unter anderem haben sich dadurch und durch die gestiegenen Anforderungen im Beruf in den letzten zehn Jahren die psychischen Erkrankungen verdoppelt. Insofern bedarf es auch gesonderte Regelungen zum Gesundheitsschutz für ArbeitnehmerInnen unter Beteiligung der Gewerkschaften. Durch die allgemein ansteigende Produktivität sehen wir im Modell der Erwerbsarbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich ein zentrales Mittel, die Erkrankungen zurückzufahren. In diesem Zusammenhang sehen wir viel Potential zur Umverteilung von Erwerbsarbeitszeit in der Gesellschaft: Denn viele Menschen, die zurzeit in Vollzeit beschäftigt sind, möchten ihre Erwerbsarbeitszeit gerne reduzieren; viele Teilzeitbeschäftigte wiederum möchten gerne mehr arbeiten. Wir benötigen also auch hier gute Instrumente zur staatlichen Regulierung, die wir als Jusos durch Beschlüsse zur Arbeitsversicherung mit integriertem Lebensarbeitszeitkonto bereits auf den Weg gebracht haben.

27

## **1.7 Die Rückkehr des Königs**

### **Für eine aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik**

430

Wir Jusos stehen für eine klassisch sozialdemokratische Fiskalpolitik ein, die Eingriffe vom Staat in konjunkturell angespannten Phasen als notwendig erachtet. Eine staatlich aktive Wirtschaftspolitik muss dabei antizyklisch und nachfrageorientiert handeln. Das heißt, dass in Phasen einer Rezession und Depression staatliche Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht werden, die möglichst schnell wieder einen Wirtschaftsaufschwung herbei führen. Finanziert werden sollen die-se notwendigen Konjunkturpakete durch staatliche Mehreinnahmen, die als Rücklagen in Wirtschaftsaufschwungs- und Hochkonjunkturzeiten aufgebaut werden. Das bedeutet, dass in schlechten Wirtschaftszeiten vom Staat niedrigere Unternehmenssteuersätze sowie bessere Abschreibungsbedingungen für Unternehmen gewährt werden. Gleichzeitig sollen höhere Investitionen vom Staat in den Wirtschaftskreislauf gegeben werden, unter anderem durch öffentliche Ausschreibungen sowie öffentlicher Förderung von Kurzarbeit und Weiterbildungsangebote für ArbeitnehmerInnen.

445

Dabei halten wir fest, dass die eingeführte Schuldenbremse die Ausübung dieser Wirtschafts- bzw. Finanzpolitik fast unmöglich macht. Die Finanzierung von den SPD-Ministern vorgeschlagenen und umgesetzten Konjunkturpakete I & II aus der letzten Wirtschaftskrise 2008 & 2009 wäre mit einer bereits greifenden Schuldenbremse nicht möglich gewesen. Daher wollen wir die Schuldenbremse von Bund und Länder wieder abschaffen.

## **1.8 The Wolf of Wall Street**

### **Finanzmärkte regulieren**

455

Um den ungezügelten Treiben auf den internationalen Finanzmärkten ein Ende zu setzen, fordern wir die Einführung einer international wirksame Finanztransaktionssteuer (FTS oder Tobin-Tax) in Höhe von mindestens 0,05% für alle auf dem Finanzmarkt getätigten Transaktionen ein. Diese sind zunächst innerhalb des europäischen Finanzmarkts einzuführen. Mit einer FTS wird der Hochfrequenzhandel eingedämmt und der Finanzmarkt langfristig stabilisiert. Gleichzeitig werden die Verursacher der letzten Finanzkrise an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt. Von den geschätzten Einnahmen in Höhe eines dreistelligen Milliardenbetrags innerhalb des europäischen Raums sollen Investitionen in die soziale Infrastruktur getätigt werden.

Sollte sich abzeichnen, dass eine Finanztransaktionssteuer international kurzfristig nicht realisierbar erscheint, stehen wir für eine national wirksame Börsenumsatzsteuer in Deutschland in Höhe von 0,1% ein.

470

## **1.9 Die fetten Jahre sind vorbei**

### **Steuersätze für hohe Einkommen & Kapitalerträge anheben**

Der Trend der ungerechten Lohnentwicklung in Deutschland ist unübersehbar. Zwar sind auch die Gehälter gering qualifizierter ArbeitnehmerInnen zuletzt durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns real gestiegen. Dennoch zeigt die langfristige Perspektive, dass in den letzten zehn Jahren vor allem das oberste Zehntel der Angestellten unter anderem auch durch erfolgsabhängige Lohnzusatzleistungen überproportional zu den übrigen 90% der Angestellten von der positiven Arbeitsmarktentwicklung profitiert haben. Der gestiegene gesellschaftliche Reichtum ist also auch unter den Beschäftigten ungleich verteilt worden. Unser Ansatz wie diese Entwicklung zugunsten der gesamten Gesellschaft korrigiert werden kann, liegt in einer Steigerung des Spitzensteuersatzes auf über 50%, welchen wir aus Gründen der Steuergerechtigkeit ebenfalls als sozial gerecht empfinden. Dies würde zu einer Ausgangslage führen, in der öffentliche Haushalte wieder deutlich mehr Spielräume zum Ausbau der sozialen Infrastruktur haben. Gleichzeitig gilt es vor allem die mittleren und unteren Einkommensgruppen bis 30.000 EUR steuerlich zu entlasten.

Darüber hinaus sind wir für die Abschaffung der Abgeltungssteuer. Denn während Einkommen aus Arbeit derzeit progressiv mit bis zu 45% ab EUR 256.000 besteuert werden, liegt der Steuersatz für Zinserträge unabhängig von ihrer Höhe bei pauschal 25%. Da unsere Auffassung von Steuergerechtigkeit vorsieht, dass Erträge aus Arbeit nicht höher besteuert werden sollen als Erträge aus Kapital, setzen wir uns für die Wiedereinführung eines progressiven Steuermodells bei Kapitalerträgen identisch zum Einkommenssteuermodell ein.

## **1.10 Jäger des verlorenen Schatzes**

500

505

## **Einführung der Vermögens- und Reform der Erbschaftssteuer**

Deutschland ist eine der reichsten Volkswirtschaften auf der Welt. Doch nicht nur das Einkommen sondern auch das gesellschaftliche Vermögen ist hierzulande sehr ungleich verteilt: Eine Studie der Deutschen Bundesbank aus 2016 belegt, dass das Median-Vermögen bei knapp EUR 60.400 liegt, während das arithmetische Mittel mit EUR 214.500 fast viermal so hoch ist. Dies ist ein deutliches Indiz für eine starke Konzentration des Gesamtvermögens auf die reiche Hälfte der Gesellschaft.

Wir wollen, dass die reichsten Menschen in der Gesellschaft deutlich mehr zum Zusammenhalt der Gesellschaft und damit dem Erhalt des sozialen Friedens beitragen als in der Vergangenheit. Daher stehen wir für die Einführung einer Vermögenssteuer ein. Schätzungen gehen bislang davon aus, dass Vermögen, das ab einem Wert von 2 Mio. EUR mit 1% besteuert wird bis zu 16 Milliarden EUR als Mehreinnahmen in die Staatskasse spülen würde. Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass bei dem soeben vorgeschlagenen Freibetragsmodell in Höhe von 2 Mio. EUR 98% aller im Handelsregister erfassten Unternehmen keine finanzielle Mehrbelastung zu befürchten haben, mittelständische Unternehmen von der Reform also ausgeschlossen sind und keine arbeitsplatzgefährdete Situationen zu erwarten sind.

Wir stehen darüber hinaus dafür ein, dass vererbter Reichtum ebenfalls stärker besteuert wird als bislang. Dazu sollen entsprechende Freibeträge als auch Steuerersätze erhöht sowie Abschreibungsmöglichkeiten gemindert werden. Diese daraus resultierenden Mehreinnahmen könnten beispielsweise den Kommunen zum Ausbau der sozialen Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden und tragen damit einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit bei.

535

### **1.11 Let's make money**

#### **Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge entgegentreten**

Die deutsche Nachkriegsgesellschaft war von einem Prinzip der Solidarität aufgebaut: Ein Mensch mit einem Arbeitsplatz war für einen arbeitslosen Mensch da, ein gesunder Mensch für einen Kranken, die Arbeitsgesellschaft für die Rentengesellschaft. Dabei kam den Unternehmen eine Sonderrolle zu. Sie durften gewinnorientiert wirtschaften, besaßen aber die gesamtgesellschaftliche Verantwortung das soziale Netz zur Hälfte mit zu finanzieren. Dies war Geburtsstunde des deutschen Sozialversicherungssystems in der Bundesrepublik.

Vor mehr als zehn Jahren kam es dahingehend jedoch zu einem gesellschafts-politischen Bruch: Das Wort „Eigenverantwortung“ wurde salonfähig. Das heißt, dass alle ArbeitnehmerInnen zunächst mehr zur Verantwortung gezogen wurden und individuell aus ihrem eigenen Einkommen und Vermögen zusätzlich für ihre spätere Rente vorsorgen sollten. Darüber hinaus wurde die vollparitätische Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der Pflegeversicherung zugunsten der Kapitaleseite auf den arbeitenden Teil der Bevölkerung verschoben. Wir setzen uns daher für eine Rückkehr zur vollparitätische Finanzierung aller Säulen der Sozialversicherung ein. Gleichzeitig muss der gesetzliche Beitragssatz zur Deutschen Rentenversicherung angehoben werden, um die ergänzende Privatvorsorge der ArbeitnehmerInnen zur Sicherung des Lebensstandards in der Rentenzeit überflüssig zu machen. Außerdem ist die Pflegeversicherung dafür da, damit Kinder nicht die Pflege ihrer Eltern finanzieren müssen, entsprechende Gesetzeslagen sind dahingehend zu ändern.

Zusätzlich zu diesen Reformvorschlägen möchten wir die Beitragseinnahmen durch eine Umgestaltung des Kranken- und Rentenversicherungssystems durch jeweilige Bürgerversicherungen gewährleisten, damit künftig alle Beschäftigungsverhältnisse ihren gleichen Anteil zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt leisten und die zusätzlichen Beitragseinnahmen zur Qualitätssteigerung im Renten- und Gesundheitssystems beitragen können. Außerdem wollen wir die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung überführen, aus der unter anderem Weiterbildungsangebote finanziert und Ruhephasen innerhalb des Erwerbsarbeitslebens in privat relevanten Zeiten angerechnet werden können. In diesem Zusammenhang möchten wir die Regelsätze zur Grundsicherung für Langzeitarbeitslose deutlich erhöhen und Sanktionen abschaffen.

Wir stellen uns darüber hinaus gegen den neoliberalen Irrglauben, dass öffentliche Aufgaben durch Wettbewerb und einer Konkurrenzsituation effektiver von privaten Anbietern umgesetzt werden können. Unsere vorgenannten Steuerreformvorschläge sind demnach auch kein Selbstzweck: Wir wollen einen handlungsfähigen und gemeinwohlorientierten Staat, der Investitionen in die soziale Infrastruktur tätigt. Sei es beispielsweise für die Verkehrsinfrastruktur, für den öffentlich-sozialen Wohnungsbau, der Digitalisierung oder für staatliche Bildungseinrichtungen von der KITA über Schulen bis hin zu Universitäten. Teilprivatisierungen öffentlicher Straßen und Einrichtungen (PPP bzw. ÖPP) lehnen wir ab.

## **American Beauty – Gleichstellung, Inklusion und Gesellschaftspolitik**

590

Wir Jusos definieren uns als feministischen Richtungsverband. Der Widerspruch der biologischen Geschlechter durch vorhandene patriarchale Strukturen ist für uns der zweite Hauptwiderspruch innerhalb des Kapitalismus, den es zu überwinden gilt. Daher nehmen feministische Positionen in unserem Verständnis, was es bedeutet FeministIn bzw. JungsozialistIn zu sein, eine Sonderrolle ein. Wir besitzen darüber hinaus aber auch weitere Positionen zur Beseitigung anderer Diskriminierungsformen, die allesamt im Folgenden dargestellt werden.

### **2.1 Suffragette**

#### **Jusos als Teil der feministischen Bewegung**

Frauen werden auch heute noch in vielen Lebensbereichen diskriminiert. Sexismus ist in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Wir verstehen Sexismus als Form des Rassismus, den es zu bekämpfen gilt. Wir tolerieren keine Bilder, in denen charakterliche Eigenschaften oder Fähigkeiten als „typisch weiblich“ bzw. „typisch männlich“ dargestellt werden. Leider wachsen Frauen und Männer in unserer heutigen Gesellschaft von ihrer Geburt an in diese Rollenklischees auf. Babypuppen, Küchenspielzeug, Barbies und die Farbe rosa/pink sind für Mädchen; Legosteine, Carrera-Rennbahnen, Bauarbeitshelme und die Farbe blau für Jungs. Daraus leiten sich spätere sexistische Denkmuster für das Erwachsenenleben ab. Deshalb ist es uns wichtig auf ein Umdenken in der Gesellschaft hinzuwirken, welches bereits in der Erziehung ansetzt. Hilfreich hierfür sind (Aufbau-)Schulungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie eine moderne Literaturlausstattung für Kinder in der KITA und den Grundschulen.

615

Doch Frauen leiden nicht nur unter Sexismus. Viele Frauen werden nicht nur jenseits der deutschen Grenzen Opfer von sexueller und sexualisierter Gewalt. Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend hat im Rahmen einer Studie analysiert, dass 40% aller Frauen in Deutschland seit ihrem 16. Lebensjahr Opfer sexueller Gewalt geworden sind. Man geht hierbei davon aus, dass die Dunkelziffer der Opfer noch wesentlich höher ist. Das liegt damit zusammen, dass viele Opfer bislang aus Scham und Angst auf ihr gesellschaftliches Ansehen oder weiteren Übergriffen zögern, Hilfe zu suchen oder gar Anzeige zu erstatten – ein relevanter Anteil spricht sogar mit niemanden über die erlebten Verbrechen. Hier setzt unsere feministische Arbeit an: Wir wollen gegen die Tabuisie-

rung angehen und prangern diese gesellschaftlichen Verhältnisse an. Wir wollen den betroffenen Frauen damit helfen, aktiv aus ihrer Hilflosigkeit zu entkommen.

Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die gesellschaftlich-kulturellen Verhältnisse der biologischen Geschlechter hin: Viele Männer bzw. Jungs wachsen in einem traditionell geprägten Unterbewusstsein auf, ihre eigene Identität durch Kontrollausübung zu sichern. Dass sich aus diesem Identitätsverständnis heraus eine Gewalt an Frauen durch die Männer entlädt ist für uns in keiner Weise zu akzeptieren, macht aber deutlich wie wichtig in diesem Zusammenhang der Kampf gegen sexistisches Gedankengut von Kindheitstagen an ist.

In traditionellem Bewusstsein mit den weltweiten Frauenbewegungen aus der Vergangenheit und Gegenwart kämpfen wir als radikalfeministische Strömung dafür, strukturelle Diskriminierungen gegenüber Frauen zu überwinden und wir weitere Erfolge für zur Durchsetzung von Frauenrechten national und international erzielen können. Aus diesem Grund ist der internationale Frauentag für uns ein Tag, den wir politisch mit Aktionen und/oder Diskussionsveranstaltungen zum Thema Feminismus begehen werden.

## **2.2 Kick it like Beckham Patriarchale Strukturen durchbrechen**

Ein praktisches Politikfeld zur Beseitigung der patriarchalen Strukturen stellt für uns der Arbeitsmarkt dar. Denn auch heutzutage leiden Frauen in der Arbeitswelt unter Unterdrückung: Laut statistischem Bundesamt erhalten Frauen in Deutschland noch immer knapp 21% weniger Bruttogehalt als ihre männlichen Kollegen. Einer von vielen Gründen für dieses sogenannte „Gender-Pay-Gap“ liegt laut dem Deutschen Institut für Wirtschaft an der unterschiedlichen Bezahlung verschiedener Branchen, die entweder stark von Männern oder von Frauen geprägt sind. So klafft zwischen Angestellten aus den weiblich dominierten Berufsgruppen aus der Altenpflege oder Kinderbetreuung eine große Lohnlücke im Vergleich zu der Branche aus den Bereichen der Technik und industriellen Produktion, deren Stellen hauptsächlich von Männern besetzt sind. Unser Ziel als Jusos ist es daher nicht nur für gleichen Lohn für gleiche Arbeit einzustehen sondern vielmehr für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu kämpfen. Das heißt, dass wir darauf hinwirken wollen, die strukturelle Trennung in klassische Frauen- und Männerberufe aufzubrechen. Hierfür ist es notwendig, dass erhebliche Lohnsteigerungen in den sozialen und sonstigen von Frauen dominierten Berufsfeldern erfolgen.

Was bei der Bezahlung anfängt, setzt sich bei der Besetzung von EntscheidungsträgerInnen fort. Die meisten leitenden Stellen in der Wirtschaft werden durch Männer besetzt. In 76% aller Vorstände der börsennotierten Unternehmen in Deutschland (Dax, MDax, SDax, TecDax) sitzt keine einzige Frau. Wenn man die jeweiligen Vorstandssitze gegenüberstellt, sieht es noch düsterer aus: 45 weibliche Vorstandsmitglieder sitzen 630 Männern gegenüber. Dies entspricht einer Quote von 6,7%. Diese skandalösen Verhältnisse müssen unserer Ansicht nach mit gesetzlichen Regelungen zur Mindestbesetzung von Frauen in Vorstandsgremien begegnet werden. Erfahrungen durch das in Kraft getretene „Gesetz für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen“ zeigt uns, dass eine einzuführende Frauenquote in Höhe von 30% bei Aufsichtsratsmandaten geholfen hat. So lag im Jahr 2016 der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten aller börsennotierter Unternehmen bei knapp 26% (Vergleich 2011: 10%). Dieses Gesetz muss für alle Vorstandsgremien hinsichtlich eines Frauenanteils von mindestens 40% ausgeweitet werden.

So beschämend die Situation für Frauen in der Spitzenwirtschaft ist, in der Wissenschaft sieht die Situation nicht viel besser aus. Im Jahr 2015 waren 50,2% aller Studienabsolventen weiblich, der Frauenanteil für die sogenannten C4-Professuren - also vollumfängliche Lehrstühle mit mindestens einem /einer wissenschaftlichen MitarbeiterIn und einem höheren Haushaltsetat als andere Professuren - liegt lediglich bei 11%. Auch hier bedarf es härterer gesetzlicher Vorschriften als bislang, um diesen Missstand zu beseitigen.

690

### **2.3 Billy Elliot - I will dance**

#### **Strukturkonservative Denk- und Verhaltensmuster überwinden**

Wir Jusos setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der jede und jeder sein Leben so bestreiten soll wie sie oder er möchte, sofern dadurch die Freiheit Dritter nicht beschränkt wird.

Damit einhergehend werben wir dafür, dass individuelle Verhaltensweisen, die von strukturkonservativen Verhaltensweisen abweichen, genauso akzeptiert werden wie tradierte Verhaltensmuster. Zwar sehen wir grundsätzlich tradiertes Verhalten als kritisch an, sagen aber auch hier gleichzeitig: Wer sich durch die Ausübung von veralteten Verhaltensmuster erfüllt sieht und dabei andere gesellschaftliche Gruppen oder Einzelpersonen nicht diskriminiert, soll diese auch vorurteilsfrei ausüben können.

Neben diesem gesellschaftlichen Idealbild sagen wir aber auch deutlich: Wir Jusos sind kein spiritueller Richtungsverband. Wir setzen uns klar für die Gleichstel-

lung der heterosexuellen Ehe im Hinblick auf andere sexuelle Orientierungen ein. Wir begleiten alle Formen der Religionen und deren Interpretation und Ansichten kritisch, setzen uns aber gleichzeitig für die gleichberechtigte und freie Ausübung aller Religionen aus, sofern niemand diskriminiert wird oder anderweitig Schaden

erfährt. Und wir bekämpfen mit aller Entschlossenheit tradierte Rollenbilder von Frauen und damit das Verständnis vieler Einzelpersonen von der Rolle der Frau innerhalb der Familie.

## **2.4 Brokeback Mountain**

### **Für eine tolerante Gesellschaft**

Mit großem Entsetzen haben wir in den letzten Jahren verfolgen müssen wie die Ächtung, Verfolgung und Gewalt gegenüber homo- und transsexuellen Menschen innerhalb Europas zugenommen hat. Wir stehen dafür ein, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung nicht diskriminiert werden dürfen. Aus diesem Grund klagen wir die politischen Kräfte an, die die gesellschaftliche und staatliche Diskriminierung von den betroffenen Menschen vorantreiben und legitimieren.

Gleichzeitig sagen wir aber auch, dass wir vor der eigenen Haustür fegen müssen. Denn auch in Deutschland gibt es gesellschaftliche Kräfte, die Homo- und Transsexuelle ausgrenzen oder gar körperlich attackieren. Homophobes Gedankengut ist auch in Deutschland allgegenwärtig. Wir tragen unseren Teil dazu bei, dass homophobes Verhalten innerhalb der Juso-Welt nicht toleriert wird. Außerdem ist es das Ziel eines jeden aktiven Jusos außerhalb unserer politischen Arbeit im Freundes- oder Bekanntenkreis dagegen vorzugehen, sofern man mit einem solchen Verhalten konfrontiert wird. Zusätzlich kämpfen wir auch dafür, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Ehepartnerschaften rechtlich gleichgestellt werden. Dazu gehört unter anderem auch die Möglichkeit einer Adoption von Kindern.

735

## **2.5 Fack ju Göhte**

### **Inklusion statt Integration**

In der politischen Diskussion wird der Begriff der Inklusion häufig reduziert auf den Inhalt der Integration von Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung an Schulen oder in der Gesellschaft. Diese Reduzierung ist genau genommen eine doppelte Reduzierung, nämlich zum einen auf eine gesellschaftliche Gruppe statt auf alle gesellschaftlichen Gruppen und zum anderen stellt sie eine falsche Definition von Inklusion dar.

745

Denn im Gegensatz zur Integration verfolgt die Inklusion einen komplett anderen Ansatz.

So stellt sich ein integrativer Ansatz vor allem dadurch dar, dass eine Gesellschaft Menschen außerhalb ihrer Gesellschaft mit unterschiedlichsten Eigenschaften und Hintergründen die Möglichkeit bietet sich in die Gesellschaft zu integrieren, sofern sie die Werte dieser Gemeinschaft teilen. Im Gegensatz dazu zeichnet sich ein inklusiver Ansatz dadurch aus, dass die Werte dieser Gemeinschaft im Rahmen der Integration bzw. dann Inklusion stets überprüft oder gar verändert werden können und sich somit ein gesellschaftliches Klima der Toleranz und Akzeptanz verschiedener Kulturen innerhalb einer Gesellschaft entwickeln kann.

Wir Jutos sind geprägt von einem inklusiven Gesellschaftsleitbild. Wir möchten, dass alle gesellschaftlichen Gruppen voneinander lernen, neue Erkenntnisse gewinnen und sich von verstaubten einseitigen Wertevorstellungen verabschieden, um etwas neues entstehen zu lassen.

## **2.6 Die Truman-Show**

### **Informationelle Selbstbestimmung**

765

Im Allgemeinen setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen in der Gesellschaft individuell über die Freigabe und Verwendung ihrer personenbezogenen Daten entscheiden können. Zudem steht für uns fest, dass jedem Individuum eine Auskunft über die von ihm oder ihr gespeicherten Daten innerhalb von Unternehmen oder staatlichen Institutionen auf Anfrage erteilt werden muss.

Im Speziellen begehren wir gegen überdimensional vom Staat durchgeführte Sammlungen personenbezogener Daten inklusive digitalem Schriftverkehr und Telefonaten auf, bei denen insbesondere alle Gesellschaftsmitglieder pauschal überwacht werden. Der Schutz der Privatsphäre eines jeden Menschen ist ein ho-hes Gut, welches ausschließlich bei einer konkreten gesellschaftlichen Gefahrenlage für verdächtige Personen ausgehebelt werden darf. Deshalb lehnen wir die Vorratsdatenspeicherung in der jetzigen Form mit aller Vehemenz ab.

## **2.7 An jedem verdammten Sonntag**

### **Säkularisierung in Deutschland und der Welt voranbringen**

Wir Jutos treten für eine konsequente Trennung zwischen Staat und Religion ein. Deshalb kämpfen wir Jutos weltweit gegen alle Organisationen, die dafür eintreten, religiöse Überzeugungen als Grundlage staatlicher Politik zu nutzen, um bei-

spielsweise anders Denkende zu verfolgen oder die Ausübung einer anderen als die bevorzugte „Staatsreligion“ zu verbieten.

Neben der kritischen Überprüfung der internationalen Situationen, geht es uns auch darum einzelne Aspekte in Deutschland zu kritisieren, die der innerstaatlichen Säkularisierung im Wege stehen. Da im Vorwort des Grundgesetzes von einer monotheistischen Religion die Rede ist („Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen [...] hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“), kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich ein deutscher Staat komplett religiös neutral und säkular darstellt. Weitere Indizien diesbezüglich lassen sich darin finden, dass der Staat den Einzug der (christlichen) Kirchensteuer organisiert, es in Deutschland eine hohe Anzahl von christlichen Feiertagen gibt und in einigen staatlichen Schulen Kreuze als religiöses Symbol des Christentums an den Wänden hängen. Unser Ziel ist es daher auch Deutschland zu einem kompletten säkularen Staat umzuwandeln, indem wir die vorgenannten und weitere Beispiele anders gestalten, um so den Einfluss des Christentums auf staatliche Politik zu mindern.

## **2.8 Gladiator**

### **Kritik an der Kommerzialisierung vieler Lebensbereiche**

Damit sich vor allem junge Menschen frei entfalten und verwirklichen können, ist es erforderlich, dass zur Ausgestaltung von Freizeit viele kostenfreie Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Wir mussten dahingehend vor einigen Jahren viele Rückschritte in unserer Region erkennen. So wurden beispielsweise großen kommerziellen Interessen Vorrang geboten. Auch wenn inzwischen auch wieder teilweise ein Umdenken in der Politik stattgefunden hat, sind Folgen dieser kommerziellen Fokussierung noch heute erkennbar. Viele junge Menschen treffen sich heutzutage noch immer in groß angelegten Shoppingmalls anstatt in der Natur kostenfrei ausgebaute Freiflächen zu nutzen. Dies läuft darauf hinaus, dass sich junge Menschen, die aus Haushalten mit stark begrenztem Einkommen kommen, am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Wir stehen daher dafür ein, dass der Ausbau von vielfältigen öffentlichen Freiräumen vorangetrieben wird, unter anderem auch zur unkommerzialisierten Ausübung sportlicher Aktivitäten.

Darüber hinaus setzen wir uns auch gegen sogenannte Alkoholverbotzonen ein. Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört vor allem der Freiheitsaspekt, bei dem es Menschen auch möglich sein muss, an öffentlichen Plätzen legale Drogen zu konsumieren, anstatt den Konsum in teurere Lokale zu verbannen.

## **2.9 Bube, Dame, König, Gras**

### **Für eine emanzipierte Drogenpolitik**

Wir halten fest, dass sich der Konsum von Drogen der staatlichen Kontrolle entzieht. Wir sehen daher in einer Prohibition kein geeignetes bzw. ein gescheitertes Mittel, gesundheitliche Gefahren von Menschen fernzuhalten. Denn durch den derzeit bestehenden Ansatz in Deutschland werden Maßnahmen zur Aufklärung einzig und allein auf die Kriminalisierung der KonsumentInnen und Verteufelung der Drogen an sich reduziert. Dieses durchweg konservative Vorgehen entspricht nicht unserem Ansatz, sich differenziert mit Drogen auseinanderzusetzen.

Wir setzen uns stattdessen für eine Legalisierung von Cannabis als Droge ein. Wir sehen in einem bewusst emanzipatorischen Ansatz eine Kehrtwende in der Drogenpolitik. Anstatt darauf zu setzen, KonsumentInnen in eine illegale Ecke zu stellen und sie an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu hindern, legen wir den Fokus auf Aufklärung. Wir fordern die Einrichtung staatlicher Abgabestellen in Deutschland, in der potentielle KonsumentInnen über die Gefahren des Konsums dieser und anderer Drogen aufgeklärt werden.

850

Zeitgleich wird durch eine kontrollierte Legalisierung auch der Schwarzmarkt bekämpft. Das bedeutet, dass man einerseits zusätzliche Steuereinnahmen erhält, um Aufklärungskampagnen und Therapien zu finanzieren. Andererseits bedeutet es, dass man KonsumentInnen vor unreinen Inhaltsstoffen wie Blei in gestreckten Waren und somit die Gesundheit dieser Menschen schützt. Vor allem letztgenanntes lässt den Schluss zu, dass wir grundsätzlich alle Drogen legalisieren möchten.

## **2.10 Boyhood**

### **Kinder- und Jugendbeteiligung stärken**

Ein wichtiger Bestandteil zur nachhaltigen Schaffung und Aufrechterhaltung einer Demokratie ist das Lernen wie demokratische Entscheidungen ablaufen und wie man sich vor allem als junger Mensch in diesen Prozessen verhält. Wir sehen in

der Kinder- und Jugendbeteiligung daher die Basis zur Weiterentwicklung demokratischer Strukturen innerhalb einer Gesellschaft.

Konkret befürworten wir die projektorientierte Kinder- und Jugendarbeit, da sie viele junge Menschen vor Ort abholt, die in erster Linie keine Berührungspunkte mit demokratisch organisierten Institutionen haben und oftmals zum ersten Mal selbst erfahren können, welche Vorteile es mit sich bringt, an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

Unser Ansatz zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligungsmöglichkeiten reduziert sich allerdings nicht nur auf diese Form: Wir wollen ebenfalls das Wahlalter auf allen Ebenen auf 16 Jahre reduzieren und das unabhängig von der Nationalität eines bzw. einer EinwohnerIn. Außerdem stehen wir für den Ausbau der Beteiligungsrechte für SchülerInnen-, Studierenden- sowie für Jugend- und Auszubildendenvertretungen ein, die wir in diesem Programm in anderen Passagen erläutern.

880

Um uns Jusos sowie anderen parteipolitischen Jugendverbänden die Möglichkeit zu bieten, sich finanziell unabhängiger von der Mutterpartei zu bewegen, wollen wir staatliche Fördermittel in diesem Bereich ausweiten. Aus diesen Mitteln sollen unter anderem Schriftstücke und Aktionen finanziert werden, die unter anderem auch der Meinung der jeweiligen Partei widersprechen können.

890

895

900

## **James Bond 007 – Außen- und Sicherheitspolitik**

Wir Jusos definieren uns als internationalistischen Richtungsverband. Dabei spielen die politischen Themenfelder Außen- und Sicherheitspolitik eine zentrale Rolle für das Verständnis, was es bedeutet InternationalistIn bzw. JungsozialistIn zu sein. Allerdings sind auch grundsätzliche innenpolitische Ausrichtungen in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Daher widmen wir uns in diesem Teil diesen drei Politikfeldern.

### **3.1 Skyfall**

#### **No Border, No Nation**

Als InternationalistInnen sind Nationen für uns ein Konstrukt, welche es abzulehnen gilt. Denn Grenzen existieren in erster Linie nur im Kopf der Menschen und dienten historisch betrachtet zur Machterhaltung und -ausweitung von Herrschenden. Für uns Jusos steht fest, dass wir Verhältnisse zwischen Herrschenden und Beherrschten langfristig überwinden wollen. Daher sehen wir unter dem Motto „One World“, dass alle Menschen selbst entscheiden sollen, auf welchem Teil der Welt sie leben möchten. Wir verfolgen dabei nach wie vor den sozialistischen Traum, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer religiösen Überzeugung oder sonstigen „Merkmalen“ weltweit als Brüder und Schwestern verstehen.

Solange es aber das soziale Konstrukt der Nation gibt, setzen wir uns zumindest für Dialoge zwischen VertreterInnen aller Nationen ein. Denn internationale Konflikte können in den meisten Fällen nur durch Dialoge ausgeräumt werden. Daher werden wir selbst mit gutem Beispiel voran gehen und die internationale Zusammenarbeit mit unseren jungsozialistischen Partnerorganisationen innerhalb der Young European Socialists (YES) und der International Union of Socialist Youth (IUSY) ausbauen.

## **3.2 Im Angesicht des Todes**

### **Kein Mensch ist illegal**

In Bezug auf unser politisches Ziel, dass nationale Grenzen überwunden werden sollen, stehen wir langfristig dafür ein, dass jeder Mensch selbst entscheiden darf, wo er oder sie auf der Welt leben möchte. Allerdings zwingt uns die aktuell bedrohliche Situation für schutzbedürftige Personen, die aus ihrem Heimatland Zuflucht suchen (Flüchtlinge), dazu Antworten auf ihre konkreten Probleme zu liefern. Aus unserem Selbstverständnis heraus fordern wir einen sofortigen Abschiebestopp für alle in der EU lebenden Menschen. In diesem Zusammenhang lehnen wir sozialpolitische Sondergesetze ab, die Flüchtlinge diskriminieren. Ebenso sind Geflüchteten Rechte zur Ausübung einer Erwerbsarbeit sowie die Teilnahme an kostenfreien (Weiter-)Bildungsangeboten zu gewähren. Um Flüchtlinge auch zukünftig humanitär aufnehmen zu können, ist eine Schaffung von dezentral organisierten Wohneinheiten entscheidend, die sich durch alle Wohnquartiere in Städten und Landkreisen erstrecken soll.

Eines muss aber auch deutlich werden: Zukünftig müssen alle EU-Staaten der humanitären Aufgabe nachkommen, eine international-solidarische Aufteilung von Flüchtlingen zu organisieren. Im gleichen Atemzug müssen sich die sozialdemokratischen und sozialistischen VertreterInnen innerhalb der EU-Gremien dafür einsetzen, dass sich nicht nur die inneren sondern auch die äußeren Grenzen der EU öffnen. Die schrecklichen Gräueltaten der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX gilt es mit allen Mitteln anzuklagen. FRONTEX muss abgeschafft werden. Nur so wird die EU ihrer Verantwortung als Friedensnobelpreisträgerin gerecht.

Eines unserer wichtigsten Ziele ist es jedoch vor allem die Fluchtursachen international zu beseitigen. Die über die Medien von vielen politischen Organisationen verkürzte Darstellung, dass man insbesondere kriminelle Schlepperbanden bekämpfen muss, geht uns hier nicht weit genug. Mehr zur Beseitigung von Fluchtursachen ist dem Kapitel 3.7 zu entnehmen.

### 3.3 Lizenz zum Töten

#### Waffenexporte und Kriegseinsätze unterbinden

980

„Vom deutschen Boden soll nie wieder Krieg ausgehen.“ So lautete der gesellschaftliche Konsens nach der Befreiung der alliierten Streitkräfte vom faschistischen Regime in Deutschland. Inzwischen ist Deutschland hinter den USA und Russland der drittgrößter Waffenexporteur auf der Welt. Die deutschen Waffen gelangen dabei über Direkt- oder Umwege in Krisengebiete und haben damit einen immensen Anteil für das Morden auf der ganzen Welt. Damit muss endlich Schluss sein. Wir fordern aufgrund unserer sozialistisch-internationalistischen Ausrichtung und wegen unserer historischen Verantwortung den Stopp von deutsche Waffenexporten und die hiesige Rüstungsindustrie in zivile Produktion zu überführen.

Auch wenn die Friedenstradition in der politischen Linken eine große Tradition hat, ist es uns wichtig klarzustellen, dass wir kein pazifistischer Richtungsverband sind. Wir halten das Mittel zur humanitären Intervention für legitim, sofern die Vereinten Nationen (UN) ein militärisches Mandat erteilen – beispielsweise zur Abwehr von Völkermorden. In diesem Zusammenhang halten wir jedoch die NATO in ihrer derzeitigen Struktur als reine Organisationseinheit, die oft Drohkulissen zur Sicherung transatlantischer Handelsinteressen aufbaut und sich weiterhin den Einsatz von Atomwaffen vorbehält. Wir setzen uns dafür ein die NATO und weitere Militärbündnisse abzuschaffen und die völkerrechtliche Entscheidung militärische Einsätze der westlichen Welt zu legitimieren einzig in die Hände der UN zu überführen.

1000

### 3.4 Im Geheimdienst ihrer Majestät

#### Die EU nach dem BREXIT

1005

1010

Nachdem die britische Bevölkerung für den Austritt Großbritanniens aus der EU votiert hat, steht die EU in einer Zäsur. Damit die Zukunft der EU gewährleistet bleibt, reicht es nicht mehr aus, sie als Garant des Friedens in Westeuropa oder der Möglichkeit zu reduzieren, dass Menschen innerhalb der EU-Grenzen freizügig agieren können. Viele Menschen in Europa besitzen inzwischen eine so hohe Skepsis gegenüber dem EU-Projekt, dass man weitere Vorteile sowie weitere Potentiale innerhalb der EU herausstellen muss. Dafür ist es erforderlich, dass die EU von einer reinen Wirtschaftsunion zu einer Sozialunion umgestaltet werden muss.

1015

1020 Deshalb halten wir gerade in diesen Zeiten an unseren Forderungen nach einem europäischen Mindestlohn und einem europäischen Sozialversicherungssystem fest. Außerdem wollen wir die Gesetzgebungskompetenzen des Europäischen Parlaments erweitern, die es unabhängiger vom politischen Willen des EU-Ministerrats macht.

1025 Ferner halten wir daran fest, dass nach der Verfassungsreform der Türkei zur Präsidialdemokratie die Verhandlungen der EU mit der Türkei zum EU-Beitritt nicht abgebrochen werden. Dieses Vorgehen wäre ein fatales Signal gegenüber der Hälfte in der Türkei lebenden Menschen, die man in ihrer aktuell schwierigen innenpolitischen Situation nicht alleine lassen darf. Wir wollen in diesem Zusammenhang darauf hinwirken, dass Menschenrechte in der Türkei wieder geachtet und sich die Opposition in der türkischen Gesellschaft perspektivisch verankern  
1030 kann.

### **3.5 Casino Royale**

#### **Armut in Drittweltstaaten bekämpfen**

1035 Eines unserer größten politischen Ziele ist die Beseitigung von Armut in den Entwicklungs- und Schwellenländern auf der gesamten Welt zu realisieren. Hierzu ist einer der zentralsten Maßnahmen die Beseitigung der Staatsschulden in diesen Ländern. Doch den Grund von Armut in Entwicklungsländern allein auf die Schuldenstand dieser Staaten zu reduzieren, ist jedoch nicht hinreichend. Sie ist nur  
1040 eine Voraussetzungen, die erfolgen muss, damit sich die Lebenssituation der Menschen vor Ort verbessert.

1045 Es ist ebenfalls erforderlich, dass eine international agierende Entwicklungshilfe von Staaten darauf abzielt, Korruptionen in den betroffenen Staaten abzubauen, die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Mikrokrediten für Kleinbauern auszuweiten und den Ausbau der Bildungsinfrastruktur voranzubringen. Letztgenanntes muss vor allem unter Berücksichtigung des freien Zugangs für Mädchen und Frauen umgesetzt werden, da vor allem der Großteil von Frauen unter den Armutstrukturen leiden. Mit dem bereits benannten Abbau der Korruption muss  
1050 selbstverständlich der Abbau von undemokratischen Herrschaftsstrukturen einhergehen.

1055 Doch nicht nur staatsinterne Probleme müssen bewältigt werden. Viele Industrienationen und Zusammenschlüsse tragen zur Armut in den Entwicklungs- und Schwellenländern bei.

1060 Vor allem protektionistische Maßnahmen der EU oder anderer Volkswirtschaften  
haben einen doppelt negativen Charakter: Zum Einen behindern Zölle Agrarex-  
1065 porte aus den Entwicklungsländern, zum Anderen zerstören staatlich subventio-  
nierte Agrarprodukte aus den Industriestaaten den Markt innerhalb der Entwick-  
lungsstaaten, da es günstiger ist, diese Waren zu importieren. Verstärkt wird das  
Problem durch deregulierte Spekulationen auf Rohstoffe und Nahrungsmittel, die  
oft zu niedrigen Preisen führen, wodurch viele Kleinbauern unter defizitären Ein-  
nahmesituation zu leiden haben. Auch tragen Rüstungsexporte aus den Industrie-  
staaten zur politischen Instabilität und zur elenden Situation der Menschen vor Ort  
bei.

1070 Eine ernst gemeinte Entwicklungshilfe, die von uns vertreten wird, macht es sich  
dabei zum Ziel alle genannten Gründe zur Armutsschaffung zu beseitigen.

### **3.6 Sag niemals nie Zwei-Staaten-Lösung in Nahost realisieren**

1075 Die Geschichte hat uns gelehrt, dass ein Volk in einer Welt, die real durch natio-  
nale Grenzen und Denkweisen geprägt ist, einen eigenen Staat benötigt, um sich  
im schlimmsten Fall verteidigen zu können. Wir Jusos sehen daher das Existenz-  
recht Israels als selbstverständlich an. Die israelische Bevölkerung lebt aufgrund  
der Vergangenheit und dem Umstand, dass viele Bevölkerungsteile der umliegen-  
1080 den Nationen im Nahen Osten ihre Existenz grundsätzlich in Frage stellt, in stän-  
diger Angst. Wir haben als deutsche politische Jugendorganisation die historische  
Verantwortung, Israel für den Fall einer konkreten Bedrohung stets Unterstützung  
zukommen zu lassen.

1085 Um das Existenzrecht Israels langfristig international sicherzustellen, sehen wir es  
jedoch gleichzeitig als notwendig an, dass die palästinensische Gesellschaft  
einen eigenständigen und überlebensfähigen Staat mit allen dafür erforderlichen  
Infrastrukturbedingungen erhält. Wir erkennen dabei, dass viele PalästinenserIn-  
nen in großer Armut und Verzweiflung leben und ihre aktuelle persönliche Situati-  
1090 on der zum großen Teil vorherrschenden Abhängigkeit zur rechten israelischen  
Regierung dafür verantwortlich macht. Dies führt unweigerlich zu Wut, Hass und  
voreingenommenen negativen Assoziationen gegenüber dem gesamten jüdi-  
schen Volk. Wir Jusos stehen daher hinter unserem Ansatz der doppelten Solidari-  
tät. Dies ist unserer Auffassung nach die Voraussetzung, dass beide Völker in  
1095 direkter Nachbarschaft in Frieden und Sicherheit leben können.

Um den oft in kriegerischen Auseinandersetzungen vorherrschenden Konflikt der beiden Gesellschaften zu lösen, sehen wir es als unabdingbar, dass Friedensverhandlungen zwischen Israelis und PalästinenserInnen aufgenommen werden, bei der beide Seiten diese Zwei-Staaten-Lösung und den sofortigen Stopp des Siedlungsbaus auf palästinensischen Gebiet als Minimalkonsens in die Verhandlungen einbringen. Unser Ziel ist es als Jusos die linken, progressiven Kräfte in beiden Gesellschaften zu unterstützen, einen erneuten Friedensprozess zu starten. Dazu stehen wir absolut hinter dem Konzept des Willy-Brandt-Centers in Jerusalem (WBC), welches seit über 20 Jahren trilaterale Beziehungen zu den progressiven Kräften unserer internationaler Partnerorganisationen und weiteren NGOs führt.

### 3.7 Golden Eye

#### 1110 **Arbeit von Geheimdiensten kontrollieren**

Die Arbeit der drei deutschen Geheimdienste, der Bundesnachrichtendienst (BND), der Militärische Abschirmungsdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mit seinen 16 Landesverfassungsschutzämtern, ist in den letzten Jahren stets in die öffentliche Kritik geraten. Ob Ermittlungsspannen in der Mordserie der NSU, Zusammenarbeit mit US-Geheimdiensten hinsichtlich Spionagen auf eigenem Staatsgebiet oder nicht weiterverfolgten Hinweisen über verfassungsfeindliche Bundeswehroffiziere: Die Geheimdienste scheinen bei allen Pannenserie blind auf dem rechten Auge zu sein. Ein Beleg dafür ist neben der öffentlichen Aufarbeitung von Fehlverhalten der Behörden ebenfalls die Historie der deutschen Geheimdienste, in denen es stets zu (Abhör-)Affären gegenüber Abgeordneten und weiteren EinwohnerInnen Deutschlands vor absurden Hintergründen kam. Auch wenn man die Kritik der jeweiligen Geheimdienste differenziert ausüben und sich den Zustand jedes einzelnen Amtes genau analysieren muss, stellen wir deutlich heraus, dass alle drei In- und Auslandsgeheimdienste strukturell reformiert bzw. in der jetzigen Form abgeschafft werden müssen.

Bezüglich einer Reform der Behörden merken wir an, dass Abgeordnete aus Bundes- und den Landtagen jederzeit Einblicke über die Arbeit aus allen ihnen zugeordneten Ämter erhalten müssen. Darüber hinaus dürfen wissenschaftlich obsole- te Ansichten wie die Extremismusklausel keine Grundlage für geheimdienstliche Arbeit sein.

1140 Bezüglich einer grundsätzlichen Abschaffung fügen wir an, dass wir den Sinn und  
Zweck des MAD nicht nachvollziehen können, da seine Aufgabenbereiche sowohl  
von den Verfassungsschutzämtern und dem BND ausgeführt werden können.  
1145 Letztlich wollen wir auch die Prüfung der Notwendigkeit von Verfassungsschutz-  
behörden vorantreiben, da wir davon ausgehen, dass eine in sich gefestigte De-  
mokratie nach dem Zusammenbruch einer in direkter Nachbarschaft befindlichen  
diktatorischen Weltmacht zum einen durch andere Instrumente wie Meinungs-  
und Pressefreiheit sowie durch einen Ausbau der demokratisch legitimierten Poli-  
zeiinfrastruktur geschützt bleibt.

### **3.8 Jagd auf Dr. No**

#### **Rechte Strukturen bekämpfen**

1150 Wir kämpfen als Jusos gegen alle Formen von nationalistischen und völkischen  
Ideologien. Vor allem das Erstarren der AfD, rechten Teilen der Union und auto-  
nomen rechtsradikalen Organisationen in den letzten Jahren macht deutlich wie  
wichtig der Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutsch-  
1155 land ist. Doch auch international gibt es seit Jahren deutliche Zeichen dafür, dass  
rechtes Gedankengut in weltweiten Gesellschaften wieder salonfähig wird. Das  
zeigen die Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien und Einzelpersonen in  
zahlreichen europäischen Ländern oder in den USA. Die jeweiligen innenpoliti-  
schen Entwicklungen sind dementsprechend für uns erschreckend, gesellschaftli-  
1160 che Abschottung statt Öffnung scheint für breite Bevölkerungsschichten die Ant-  
wort auf viele gesellschaftlichen Herausforderungen zu sein. Auch die Presse-  
und Meinungsfreiheit wird teilweise in Frage gestellt oder gar unterbunden.

1165 Dies sind selbstverständlich nicht unsere Antworten. Wir folgen dem Leitbild, dass  
alle Menschen gleich sind. Abschottungen lösen keine Probleme sondern schüren  
weitere Konflikte und auch die Presse- und Meinungsfreiheit muss sämtlichen  
Menschen gewährt werden. Wir stellen uns klar gegen jede Form von rassisti-  
schen, antisemitischen, demokratiefeindlichen und völkischen Ideologien oder an-  
1170 anders formuliert gegen alle Formen, in der Menschen andere Menschen diskrimi-  
nieren. Daher kämpfen wir gegen alle Organisationen und Einzelpersonen, die  
diese Inhalte verkörpern und weiter verbreiten, speziell in unserer Region gegen  
die NPD und deren Jugendorganisation JN, das Bündnis BRAGIDA und den  
Braunschweiger Ableger der AfD.

### **1175 3.9 Der Mann mit dem goldenen Colt**

#### **Für eine anonymisierte Polizeikennzeichnung**

In jeder Berufsgruppe finden sich so genannte „Schwarze Schafe“ wieder. So auch bei der Polizei: Während sich eine große Mehrheit aller im Polizeidienst tätige Personen korrekt und gesetzesmäßig verhält, kommt es bei Polizeieinsätzen vor allem während Demonstrationen oft dazu, dass sich eine Minderheit von Beamten unverhältnismäßig gewalttätig zeigt. Um den Opfern von ungesetzlicher Polizeigewalt eine Möglichkeit zu bieten sich juristisch gegen diese Einzeltäter zu wehren und damit diese „Schwarzen Schafe“ zu identifizieren und aus dem Polizeidienst zu entfernen, setzen wir uns für eine bundesweit anonymisierte Kennzeichnung von PolizistInnen im Außendienst ein. Die Kennzeichnung soll dabei mit einem alphanumerischen Code auf der Uniform deutlich sichtbar sein. Der Vorteil der anonymisierten Kennzeichnung ist, dass sich einzelne PolizistInnen nicht der Gefahr ausgesetzt fühlen, in ihrem Privatleben verfolgt zu werden.

Letztlich erkennen wir durch die Kennzeichnung nur Vorteile für alle betroffenen Gruppen: Den Opfern von ungerechtfertigter Polizeigewalt, den unschuldigen PolizeibeamtInnen und der gesamten Polizei als Institution.

## **Der Club der toten Dichter – Bildung, Studium und Ausbildung**

1220 Bildung ist für uns Jusos ein elementares Thema. Wir sehen in der Bildung einen  
zentralen Baustein zur Realisierung des Demokratischen Sozialismus, indem Men-  
schen die realen Verhältnisse in der Gesellschaft kritisch analysieren, reflektieren und  
neue Antworten auf innere gesellschaftliche Widersprüche finden. Letztlich besitzt  
das Thema Bildung aber auch für uns als Jugendorganisation aufgrund der Zielgrup-  
penorientierung eine Sonderrolle, welche wir im folgenden durch konkrete Bildungs-  
1225 vorstellungen unsererseits darstellen.

### **4.1 Das verwunschene Kind**

#### **Qualität in KITAs kostenfrei sicherstellen**

1230 Wir legen einen Schwerpunkt darauf, dass die Qualität der frühkindlichen Bildung  
in den staatlichen KITA-Einrichtungen erhöht werden muss und gleichzeitig alle  
ökonomischen Hemmnisse für Eltern abgebaut werden. Deshalb setzen wir uns  
dafür ein, dass Bildung in Deutschland als Grundrecht anerkannt wird, welches al-  
1235 len Gesellschaftsmitgliedern kostenfrei zur Verfügung gestellt wird- von der KITA  
an. Die Kostenfreiheit soll insbesondere durch die Erhöhung des Spitzensteuer-  
satzes in der Einkommenssteuer, die wir in Punkt 1.9 erläutert haben, finanziert  
werden. Rückständige Forderungen aus Reihen der Union nach einer Herdprämie  
lehnen wir mit aller Entschiedenheit als strukturkonservatives Element ab, welche  
1240 reell vor allem Frauen in eine Rolle der Erzieherin und Haushälterin degradiert.

### **4.2 Hogwarts**

#### **Gegliedertes Schulsystem abschaffen, Gesamtschulen ausbauen**

1245 Deutschland ist weltweit das einzige Land, in dem es ein dreigliedriges Schulsys-  
tem nach dem vierten Schuljahrgang gibt. Erwiesenermaßen trägt das dreigliedri-  
ge System dazu bei, dass sich ökonomisch-familiäre Verhältnisse über Generatio-  
nen hinweg konservieren. Oder um es deutlicher zu formulieren: Wer in armen  
Verhältnissen geboren wird, kommt auf die Hauptschule und bleibt angesichts der  
1250 heutigen und zukünftigen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt arm, nach dem  
Motto „Zeig mir, wo Du herkommst und ich zeige Dir, wo Du hingehörst“. Anderer-  
seits erhalten Kinder aus akademischen Haushalten hierzulande überdurch-  
schnittlich stark das Abitur auf dem traditionellen Weg über das Gymnasium.

Wir Jusos sehen daher in dem dreigliedrigen Schulsystem das letzte Überbleibsel der Feudalgesellschaft. Dieser Zustand muss überwunden werden, um Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dies wollen wir durch den Ausbau von Gesamtschulen realisieren, welche langfristig die derzeitige Schulmodelle ersetzen sollen.

Darüber hinaus sind weitere Strukturreformen erforderlich, damit die individuellen Stärken von SchülerInnen gefördert werden. In diesem Zusammenhang muss ein Umdenken in der Schulstruktur einhergehen, beispielsweise, dass sich zukünftig die Klassen nicht mehr als Altersjahrgänge sondern vielmehr nach individuellen Stärken bzw. Schwächen des jeweiligen Lernfaches konstituieren („Talentklassen“).

### 1270 **4.3 Der Stein der Weisen** **KiWi-Prinzip ablehnen**

In den letzten Jahrzehnten mussten wir immer wieder feststellen, dass Bildung an allgemeinbildenden Schulen immer mehr auf die Ausbildung, also auf die Verwertbarkeit für gewinnorientierte Unternehmen in unserem kapitalistischen System reduziert wird. Dieses Prinzip ist auch unter dem Schlagwort KiWi („Kinder für die Wirtschaft“) bekannt.

Wir wollen, dass allgemeinbildende Schulen komplett frei von wirtschaftlichen Interessen ihren Unterricht abhalten können. Dazu sind insbesondere folgende zwei Punkte zu beachten:

1. Das Sponsoring von Wirtschaftsunternehmen hinsichtlich von Unterrichtsmaterialien sollen unterbunden werden, damit Schulen weiterhin unabhängig von einzelnen Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden ihre Unterrichtsinhalte gestalten können. Denn die Unterrichtsinhalte dürfen sich dabei nicht auf mögliche Einsetzbarkeit in späteren Berufsfelder niederschlagen sondern vielmehr unabhängig davon wissenschaftlich aufbereitet werden. Schulbildung soll also dazu führen, dass sich junge Menschen kritisch mit wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Inhalten auseinandersetzen können, um später ein emanzipiertes Leben zu bestreiten.

Veranstaltungen von WirtschaftsvertreterInnen oder VertreterInnen aus staatlichen Institutionen wie der Bundeswehr müssen aus dem Schulunterricht bzw. aus der Schule ferngehalten werden. Vor allem junge Menschen sind anfällig dafür, dass sie auf Werbeveranstaltungen, die als Informationsveranstaltung getarnt sind, ohne kritischen Bezug auf die jeweilige Organisation ein zu einseitiges Bild erhalten. Eine Ausnahme hiervon stellt der Berufsinformationstag dar, auf dem sich verschiedene Unternehmen aus Deutschland und der jeweiligen Region vorstellen können.

#### 1305 **4.4 Die Kammer des Schreckens** **Sitzenbleiben und Noten abschaffen**

Wir Jusos stehen für ein soziales Lernen ein, welches sich vom derzeitigen „Konkurrenzlernen“ abgrenzt. Das heißt für uns vor allem, dass wir uns von zwei zentralen Bausteinen in der heutigen Bildungslandschaft verabschieden: Der Wiederholung einer Klassenstufe und der Vergabe von Noten.

Denn zu den potentiell einschneidendsten sozialen Ereignissen eines jungen Menschen gehört die Wiederholung der Schulklasse, welches oft mit dem Verlust seines sozialen Umfelds einhergeht. Das „Sitzenbleiben“ fördert also die Ausgrenzung und das Gefühl „versagt zu haben“ für junge Menschen. Dies können wir als Jusos nicht unterstützen. Es gibt andere Wege und Mittel, die Förderung von jungen Menschen zu gewährleisten. Mit unserem im Punkt 4.2 erläuterten Modell der „Talentklassen“ erübrigt sich für uns dieser für viele junge Menschen schwere Weg der Wiederholung.

Darüber hinaus wollen wir die Benotung an Schulen in der derzeitigen Form abschaffen. Mit dem Bewertungssystem von 1-6 wird aus unserer Sicht zu wenig differenziert auf die individuelle Entwicklung eines jungen Menschen eingegangen. Es fördert darüber hinaus das Pauken bzw. Bulimie-Lernen von einzelnen Aspekten der Lehrinhalte und nicht das Verständnis der zu erlernenden Inhalte im Gesamtkontext. Die Schulnote ist dahingehend nur eine reine Zahl, die Leistungsdruck auf jedeN SchülerIn und gleichzeitig einen Konkurrenzdruck innerhalb von Schulklassen und Freundeskreisen ausübt, welche von Kindesalter an gesellschaftliche Leitbilder der „Ellenbogenmentalität“ nach dem Motto fördert „Hauptsache ich stehe besser da als andere“.

Wir Jusos folgen einem anderen gesellschaftlichen Leitbild, welches sich dadurch auszeichnet, dass wir als Individuen gemeinsam mehr erreichen können, wenn wir zusammen arbeiten. Zur Realisierung dieses Leitbilds wollen wir deshalb schon früh damit beginnen, andere Bewertungsmaßstäbe wie individuelle Rückmeldungen der Lehrkräfte an Eltern und SchülerInnen umzusetzen. Ergänzt werden kann dieser Bewertungsmaßstab mit Förderunterricht von talentierten SchülerInnen für SchülerInnen, die in einem Fach einen längeren Zeitraum benötigen, um die Lerninhalte zu verstehen.

#### 1345 **4.5 Der Orden des Phönix** **SchülerInnen- und Studierendenvertretungen stärken**

Demokratie darf nicht am Schultor enden! Viele Entscheidungen an den Schulen in Niedersachsen werden dennoch von den Schulvorständen und Schulleitungen getroffen, in denen SchülerInnenvertretungen (SV) kein oder nur ein stark eingeschränktes Mitspracherecht haben. Dies wollen wir ändern. Wir fordern daher, dass Entscheidungen an Schulen auf sämtlichen Ebenen nur von drittelparitätisch besetzter Gremien zwischen Lehrkräften, ElternvertreterInnen und der SV getroffen werden. Vor allem für junge Menschen ist es entscheidend, dass sie sich durch demokratische Entscheidungsstrukturen Gehör verschaffen können und damit der Demokratie von Kindheit an positiv gegenüber stehen.

Langfristig sehen wir es aber auch als notwendig an, dass man die Struktur der Entscheidungsgremien an den staatlichen Schulen in Niedersachsen überarbeitet. Es gibt in Deutschland dahingehend bereits einige Alternativschulmodelle im privaten Sektor, die Entscheidungen unter starker Mitnahme der Schülerinnen und Schüler treffen. Diese wollen wir im Einzelnen analysieren und das für uns bestmögliche Modell in die innerparteiliche Debatte zur Strukturreform hineinbringen.

1365 Auch die Studierendenvertretungen müssen stärker an Entscheidungen innerhalb universitärer Entscheidungsgremien in Bezug auf Verwaltungs-, Finanz- und Personalfragen beteiligt werden. Deshalb setzen wir uns für eine vollparitätische Besetzung studentischer Vertretungen auf allen Ebenen ein.

1370

1375

## **4.6 Die Heiligtümer des Todes**

### **Universitäten sind keine Berufsausbildungsanstalten**

1380 Wir Jusos sehen in der Wissenschaft ein Mittel, Menschen über nicht begriffene  
Machtstrukturen innerhalb der Gesellschaft aufzuklären anstatt sie als naturgege-  
ben anzuerkennen und sich nicht mehr kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen  
oder gar Widersprüche im gesellschaftlich-wissenschaftlichen Bereich zu entlar-  
ven.

1385 Für uns ist daher klar, dass Bildung an Hochschulen über eine wirtschaftliche Ver-  
wertbarkeit der vermittelten Lehrinhalte hinausgehen muss. Öffentliche Universitä-  
ten sind keine wirtschaftsnahen Berufsausbildungsinstitutionen, die ökonomisches  
Interesse verfolgen sollen.

1390 Öffentliche Universitäten sollen auch frei zugänglich sein. Deshalb setzen wir uns  
auch dafür ein, dass sämtliche Zulassungsbeschränkungen zu Universitäten und  
innerhalb von Universitäten hinsichtlich der Studienfachauswahl oder der Möglich-  
keit einen Masterstudiengang zu beginnen abgeschafft werden müssen. Gleich-  
zeitig stehen wir für eine flexiblere Ausgestaltung der Lehrpläne innerhalb von  
1395 Studiengängen ein, schließlich geht es in einem wissenschaftlichen Studium auch  
darum individuelle Lernprozesse jenseits starrer Vorgaben zu gewährleisten.

## **4.7 Der Gefangene von Askaban**

### **Elternunabhängiges BAföG einführen**

1400 Studierende müssen darüber hinaus die Möglichkeit haben, sich unabhängig von  
ihrer ökonomischen Herkunft voll auf ihr Studium zu konzentrieren, ohne dass die  
Notwendigkeit zur Aufnahme einer Nebenbeschäftigung auftritt. Deshalb stehen  
wir dafür ein, dass die BAföG-Regelsätze erhöht werden. Da sich viele Studienab-  
1405 solventInnen mit einem enormen Schuldenberg konfrontiert sehen und nicht jeder  
abgeschlossene Studienberuf mit einem hohen Gehalt einhergeht, setzen wir uns  
dafür ein, dass Leistungen aus dem BAföG - wie in der Zeit als es erstmals einge-  
führt wurde - als Vollzuschuss, also nicht anteilig als Darlehen gewährt wird.

1410

1415

Darüber hinaus sehen wir, dass viele Eltern aus akademischen Kreisen bereits einen „Plan“ für ihre Kinder verfolgen. Sie sind der Meinung, dass sie besser wissen, was gut für ihr Kind ist und üben entsprechenden Druck bei der Studienwahl nach dem Motto aus: „Entweder Du studierst dieses Fach oder es gibt keine finanzielle Unterstützung.“ Wir wollen, dass junge Menschen sich von ihren Eltern emanzipieren können, ein selbstbestimmtes Leben führen und sich unter anderem auch unabhängig vom Elternwillen für ein Studium ihrer Wahl entscheiden. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Einführung eines BAföGs ein, welches unabhängig vom Geldbeutel der Eltern an Studierende ausgezahlt wird. Eine Finanzierung hierfür ist unter anderem durch unsere bereits erläuterten Steuerpläne sowie durch die Einstellung der Finanzierung von Eliteförderprogramme wie dem sogenannten „Deutschland-Stipendium“ zu gewährleisten.

#### **4.8 Der Halbblutprinz**

##### **1430 Duale Ausbildung stärken**

Das duale Ausbildungssystem in Deutschland wird weltweit als vorbildlich betrachtet. Während einE AuszubildendeR hierzulande die berufspraktische Ausbildung im Betrieb erlebt, erhält er oder sie die berufstheoretischen Inhalte sowie allgemeinbildenden Unterricht über eine berufsbildende Schule. Dies trägt dazu bei, dass man nach der Ausbildung relativ problemlos in anderen – auch branchenfremden – Betrieben einer Erwerbsarbeit nachgehen kann. Doch seit Jahren verliert das duale Ausbildungssystem durch den Anstieg von Studierenden an (Fach-)Hochschulen bzw. Universitäten an Bedeutung. Zeitgleich klagen die überwiegende Zahl von Gewerkschaftsjungen und Ausbildungssuchende an, dass von der Wirtschaft nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Wir Jusos möchten beiden Fehlentwicklungen entgegentreten. Zur Steigerung der Attraktivität der klassischen Berufsausbildung sehen wir die Notwendigkeit, die Herausforderungen der zukünftigen Entwicklung am Arbeitsmarkt hinsichtlich des Themas Arbeit 4.0 auf die derzeitige Struktur der Ausbildungsberufe anzupassen. Hier sind die Industrie und Handelskammer (IHK) und die Handwerkskammer (HWK) aufgefordert gemeinsam mit den politischen Akteuren eine Reform der bundesweit einheitlichen und starren Rahmenlehrpläne hin zu einer Art „Allround Studi“ öffnen. Außerdem müssen sämtliche Ausbildungsberufe durch eine Mindestauszubildendenvergütung in Höhe von mindestens vier Fünfteln des aktuell gesetzlichen Mindestlohns gekennzeichnet sein.

Darüber hinaus hat die Wirtschaft die Pflicht genug Ausbildungsstellen zur Verfügung zu stellen. Nachdem freiwillige Vereinbarungen zwischen Politik und Wirtschaft in der Vergangenheit nicht zu diesem Ziel geführt haben (Ausbildungspakt), fordern wir die Einführung der Ausbildungsplatzumlage. Wir sehen in diesem Instrument das beste Mittel, um das Urteil vom Bundesverfassungsgericht aus dem Jahr 1995 gerecht zu werden. Demnach müssen 7% aller Beschäftigungsstellen in einem Unternehmen Ausbildungsstellen sein. Unternehmen, die weniger Personen innerhalb der Belegschaft ausbilden, müssen eine Strafzahlung in einen Fonds einzahlen, aus dem sich wieder die Unternehmen bedienen dürfen, die überdurchschnittlich vielen jungen Menschen eine Lebensperspektive aufzeigen.

1460

1465

1470

1475

1480

1485

1490

1495

## The Day After Tomorrow – Umwelt, Energie und Verkehr

Der Juso-Bezirk Braunschweig war im Bundesverband jahrelang für seine starke um-  
 1500 weltpolitische Ausrichtung bekannt. Eine stärkere Fokussierung in diesem Themen-  
 bereich ist auch heute von großer Relevanz. Schließlich ist eine saubere Umwelt die  
 Voraussetzung dafür, dass Menschen weltweit ein gesundes Leben frei von Naturka-  
 1505 tastrophen führen können. Daher beschäftigen wir uns in den folgenden Passagen  
 mit den zentralsten umweltpolitischen Aspekten, die unter anderem auch den hiesi-  
 gen Energiesektor und die Verkehrsinfrastruktur beleuchten.

### 5.1 Zurück in die Zukunft

#### Re-Kommunalisierung von Energiekonzernen

1510 Zu unserem Selbstverständnis gehört, dass öffentliche Aufgaben, die der Grund-  
 versorgung der Bevölkerung dienen, auch von der öffentlichen Hand bedient wer-  
 den. Dazu gehört insbesondere die Strom- und Wasserversorgung der Menschen  
 in unserer Gesellschaft. Wir setzen in diesen Bereichen auf dezentrale Unterneh-  
 1515 men, die vor Ort die Ressourcen kostengünstig zur Verfügung stellen. Die nutzer-  
 gerechte Versorgung dieser Güter ist ein öffentliches Interesse, deshalb stellen  
 wir uns gegen sämtliche Privatisierungspläne. Darüber hinaus setzen wir uns da-  
 für ein, dass (teil-)privatisierte Unternehmen in diesem Bereich wieder vollständig  
 rekommunalisiert werden.

### 1520 5.2 Zurück in die Zukunft Teil 2

#### Erneuerbare statt fossile Energien

Der Wandel im Energiebereich schreitet voran. Während in Deutschland bis zum  
 1525 Jahr 2022 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, steigt der Anteil an erneuer-  
 baren Energien bei der Versorgung der Bevölkerung kontinuierlich an. Unser Ziel  
 bleibt dabei langfristig die Vollversorgung des gesellschaftlichen Energiebedarfs  
 aus erneuerbaren Energien zu erreichen. Dabei muss nun der nächste Schritt ein-  
 geläutet werden. Wir benötigen eine feste Zielsetzung, in welchem Zeitraum der  
 Ausstieg aus der umweltschädlichen Kohlekraft erfolgen soll. In diesem Zusam-  
 1530 menhang sehen wir in der Abscheidung, Speicherung und Wiederverwendung  
 von Kohlenstoffdioxid (CCS & CCR) auf Basis der ökologischen Nachhaltigkeit  
 kein geeignetes Energieversorgungsmittel, da diese Technologie gegenteilige An-  
 reize schafft, den Verbrauch an fossilen Rohstoffen zu reduzieren.

1535 Darüber hinaus sehen wir im Verfahren des „Hydraulic Fracturing“ (kurz:  
„Fracking“) zur Erdöl- und Erdgasförderung eine zu große umweltpolitische Ge-  
fahr, da die geförderten Ressourcen das zum Trinkwasser genutzte Grundwasser  
verunreinigen können. Wir lehnen aus diesen und weiteren Gründen Fracking ab.

1540 Stattdessen setzen wir auf einen erneuerbaren Energiemix aus Solar-, Wind-,  
Wasser-, und Erdwärmeenergie mit entsprechenden staatlichen Förderungen die-  
ser Energiezweige bei zeitgleichem Abbau der Förderung von fossilen Energieträ-  
gern. Wir möchten aus Deutschland ein Vorzeigeland machen und die erste  
1545 Volkswirtschaft sein, die innerhalb dieses Jahrhunderts aus erneuerbaren Ener-  
giequellen alle gesellschaftlichen Bedarfe bedient, sodass auch andere Länder  
weltweit der globalen Erderwärmung durch steigende CO2-Emissionen entgegen-  
treten. Bei dem Energiewandel ist insbesondere darauf zu achten, dass dezentra-  
le Energiestrukturen geschaffen werden, anstatt einseitig auf zentrale Projekte  
wie Offshore-Windparks zu setzen.

1550

### **5.3 Zurück in die Zukunft Teil 3**

#### **Streckenausbau und Attraktivität im ÖPNV vorantreiben**

1555 Unser Ziel bleibt es den motorisierten Individualverkehr durch die Schaffung von  
attraktiven Strukturen im öffentlichen Personennah- und -fernverkehr zu verdrän-  
gen. Das bedeutet, dass wir uns für weitere Streckenerschließungen und Taktzeit-  
verbesserungen in kommunalen und interkommunalen Zusammenhängen stark  
machen. Um vor allem jungen Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft mög-  
lichst uneingeschränkt zu ermöglichen, fordern wir einen bundesweit kostenlosen  
1560 ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler. Perspektivisch soll diese Kostenfreiheit  
auch auf alle weiteren Personengruppen fahrscheinlos umgesetzt werden. Außer-  
dem möchten wir den Aufbau eines interkommunalen Nachtlinienverkehrsnetzes  
in unserer Region vorantreiben. Wir setzen dabei auch langfristig darauf, dass der  
schienegebundene Nahverkehr auf- und ausgebaut wird, da hierdurch unter an-  
1565 derem mehr Menschen effizienter transportiert werden können.

Aber auch für die Fernverkehrsstrecken müssen die Verbindungen ansteigen. Wir  
setzen uns für den Anstieg von Haltepunkten auf dem Streckennetz der Deut-  
schen Bahn in Städten und Gemeinden bei gleichzeitiger Verbesserung der Takt-  
zeiten bundesweit ein. In diesem Zusammenhang stellen wir uns gegen die Ab-  
wicklung des Zugverkehrs durch private Unternehmen auf den Gleisstrecken der  
1570 Deutschen Bahn.

1575            Diese haben in der Vergangenheit die Qualität der Fahrten durch zunehmende  
Zugausfällen oder Stromausfällen innerhalb der Fahrzeuge verschlechtert.

## **5.4    Minority Report**

### **E-Mobilität fördern**

1580

Auch wenn wir für uns der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes an erster Stelle steht, sind wir uns der Tatsache bewusst, dass der motorisierte Individualverkehr auch in Zukunft eine Rolle spielen wird. Wir wollen uns daher ebenfalls darum kümmern, dass dieser Verkehrsweg zukunftsfähig umgestaltet wird. Da wir uns dafür einsetzen, die Gewinnung von Strom in Deutschland noch in diesem

1585

Jahrhundert zu 100% aus erneuerbaren Energien zu produzieren, befürworten wir eine staatlich geförderte strukturelle Neuausrichtung der Automobilindustrie, den Anteil von Elektroautos für alle produzierten Neufahrzeuge stetig zu erhöhen.

1590

Dies muss parallel mit einem Ausbau von Elektrotankstellen bundesweit begleitet werden.

## **5.5    Höllentour**

### **Fahrradinfrastruktur ausbauen**

1595

Wir Jusos stehen seit Jahren dafür ein, dass sich die Fahrradinfrastruktur innerhalb der Städte aus umwelt- und gesundheitspolitischen Aspekten verbessert. Neben dem Ausbau von Fahrradwegen neben der Straße oder aus Platznot begründeten Etablierungen von Fahrradstraßen, möchten wir zunehmend auf ein breites Angebot staatlich und privat organisierter Bike-Sharing-Modelle hinarbeiten.

1600

Doch wir wollen auch die Situation für FahrradfahrerInnen verbessern, die oft zwischen Dörfern oder gar Kommunen pendeln. Zwar gibt es in unserer Region über einige Landstraßen und Feldwege bereits gut erschlossene Fahrradwege, diese sind aber oft nicht eindeutig miteinander verbunden bzw. bestehende Verbindungen sind als solche nicht gut genug gekennzeichnet. Diesen Missstand wollen wir beheben und außerdem dafür Sorge tragen, dass wir perspektivisch alle Bundes- und Landstraßen nach Möglichkeit mit separierten Fahrradwegen neben der KfZ-Fahrspur ausstatten.

1605

1610

1615

## 5.6 Wall-E

### Weltweite Umweltverschmutzung eindämmen

1620 Wenn man von dem Ziel zur Eindämmung der weltweiten Umweltverschmutzung spricht, weiß man gar nicht, wo man genau anfangen soll: So tragen neben der bereits aufgeführten Beschreibung zur Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, die zum allgemeinen Klimawandel beitragen soll, andere Faktoren momentan noch dazu bei, dass die weltweiten ökologischen Belastungen noch immer zunehmen. Zu nennen sind hierbei vor allem die konkret-spürbare Luftverschmutzungen  
1625 durch Staub und Ruß, Wasserverschmutzungen durch ungeklärte (Plastik-)Abfälle oder die Rodung von (Regen-)Wäldern.

1630 Dieser Tatsache wollen wir mit dem Motto „Global denken, lokal handeln“ begegnen. Anstatt große Erwartungshaltungen in Bezug auf bald stattfindende Weltklimakonferenzen zu schüren, die bis auf eine Ausnahme immer der Enttäuschung endeten, dass man sich international entweder gar nicht oder nur auf so geringe Minimalziele einigen konnte, die weder ausreichend dafür sind den Klimawandel aufzuhalten noch einen rechtsverbindlichen Charakter haben, müssen wir innerhalb unseres Wirkungsbereiches dafür kämpfen, Ziele darüber hinaus zu definieren, die den Umweltschutz weiter voranbringen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das  
1635 von der EU verabschiedete Verbot zur Herausgabe von Plastiktüten im Einzelhandel. Weiterhin sollte Deutschland als eines der größten Industrieländer mit gutem Beispiel vorangehen und viel mehr zur Umweltentlastung beitragen als bisher.

1640 Dagegen sprechen wir uns gegen den Handel von Emissionsrechten aus, da er falsch konstruiert ist. Der Emissionshandel schafft nämlich wirtschaftliche Anreize für Unternehmen, in jedem Fall nicht mehr zum Umweltschutz beizutragen als es internationale Minimalziele formuliert haben.

1645

1650

## **Rogue One: A Juso-Story – Unser Verhältnis zu anderen Organisationen**

1655

Wir Jusos wollen auch zukünftig an dem Konzept der Doppelstrategie festhalten. Das heißt, dass wir uns einerseits als sozialpolitisches Gewissen in der SPD verstehen und innerhalb der Partei dafür kämpfen für progressive Inhalte Mehrheiten zu organisieren. Diese Inhalte sollen anschließend parlamentarisch eingebracht und umgesetzt werden. Zum anderen schmoren wir aber nicht nur im eigenen Saft. Wir sind auch Teil der außerparlamentarischen Bewegung und wollen mit linken Jugendorganisationen und politischen Bündnissen zusammenarbeiten. Als wichtigste NGOs sind hierbei die Gewerkschaftsjugenden des DGB, Jugendorganisationen von Umweltverbänden sowie vor Ort existierende Bündnisse gegen Rechts zu nennen. Im Folgenden werden wir uns abweichend davon aber insbesondere mit unserem Verhältnis zu unserer Mutterpartei, anderer parteipolitischen Konkurrenzen sowie mit unserem Positionsverständnis innerhalb des Juso-Verbands beschäftigen.

1660

1665

1670

### **6.1 Eine neue Hoffnung**

#### **Erneuerung der SPD schreitet voran**

Die SPD hat seit der krachenden Niederlage zur Bundestagswahl 2009 ihren inhaltlichen Erneuerungsprozess mit einer Schärfung des sozialpolitischen Profils bis heute gut gemeistert. Wir stehen als SozialdemokratInnen unter anderem für einen gesetzlichen Mindestlohn, die Einführung von Frauenquoten in Entscheidungsgremien großer Unternehmen, ein Recht auf Ausbildung, für die Einführung der BürgerInnenversicherung, für Steuerreformen, die der Verteilungsgerechtigkeit dienen und weiteren sozialpolitischen Reformen auf dem Arbeitsmarkt ein. Einige unserer inhaltlichen Positionen konnten dabei schon in die Realität umgesetzt werden - wenn auch koalitionsbedingt mit Abstrichen.

1675

1680

Viele dieser inhaltlichen Erneuerungen sind uns Jusos zu verdanken. Denn sie sind innerparteilich nicht vom Baum gefallen und mussten auf Parteitag zum Teil hart erkämpft werden. Und auch heute müssen wir aufpassen, dass unsere Mutterpartei nicht in Verhaltensmuster zurückkehrt, von denen wir dachten, dass sie überwunden sind. So ist die Art und Weise wie die einseitig organisierte Werbetrömmel vom Parteivorstand in Bezug auf das Mitgliedervotum zur großen Koalition im Jahr 2013 gerührt wurde, kritisch zu betrachten.

1685

1690

1695 Aber auch zu inhaltlich konkreten Themen wie der Vorratsdatenspeicherung, zu der der Umgang einiger Führungskräfte innerhalb der SPD zumindest fragwürdig war, gilt es weiterhin

au47zuarbeiten, damit sich unsere Partei auch neben weiterhin inhaltlich und organisationspolitisch weiterentwickeln kann.

1700 Auch personell ist die SPD gut aufgestellt. Die meisten führenden Köpfe in unserer Partei werden mittlerweile nicht mehr mit dem zum Teil neoliberalen Regierungshandeln der SPD zu Beginn dieses Jahrtausends identifiziert. Und auch wenn wir als Jusos mit Martin Schulz als neuem Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten seit Jahren endlich eine charismatische Führungspersönlichkeit für

1705 Menschen auch außerhalb unserer Partei erkennen, gilt für uns festzuhalten: Personen sind in der Partei wie Schall und Rauch. Personen kommen und gehen. Was bleibt, sind die Inhalte, deshalb legen wir auch insbesondere auf die inhaltliche Weiterentwicklung unserer Partei einen besonderen Schwerpunkt.

1710 In diesem Zusammenhang möchten wir gesondert darauf eingehen, dass wir mit großer Verwunderung beobachtet haben wie große Teile unseres Verbandes zu Beginn des Jahres wiederholt personenbezogene Aktionen in einem Ausmaß bestritten haben, die einen eher nachdenklich machen. Zumal man man bedenken muss, dass diese auch von selbsternannten linken Juso-Verbänden organisiert

1715 wurden. Personenbezogene Wahlkämpfe sind natürlich nicht komplett abzulehnen, sie müssen aber in konkrete politische Inhalte begründet sein, die ein Kandidat bzw. eine Kandidatin vertritt.

## 6.2 Die dunkle Bedrohung

### 1720 Bekämpfung der AfD

1725 Jahrelang schien Deutschland im internationalen Vergleich ein Staat zu sein, indem rechte Parteien jenseits konservativer Konkurrenz um CDU und CSU bundesweit keine Chance auf Wahlerfolge hätten. Dies hat sich mit dem Erscheinen und der Etablierung der AfD verändert. Inzwischen sitzt die AfD in fast jedem Landesparlament, aller Voraussicht nach wird sie auch in den nächsten Bundestag einziehen. Dieser Umstand macht es erforderlich, dass wir uns mit den Inhalten dieser Partei auseinandersetzen und die offen rassistischen Thesen öffentlich kritisieren.

1730

1735 Denn die Partei steht gegen alles ein, wofür wir Jusos und SPD stehen: Ob es die  
Abschaffung der Eurozone, eine grundsätzliche Abschottungspolitik gegenüber al-  
len Nationen weltweit, die Verbreitung nationalistischer und antisemitischer Rhe-  
torik oder die Befürwortungen von Schussbefehlen gegenüber Flüchtlingen an  
deutschen Grenzen betrifft, für uns ist klar: Diese Alternative ist keine Alternative.  
Wir lehnen aus diesem Grund auch jegliche parlamentarische und außerparla-  
1740 mentarische Zusammenarbeit mit der AfD und deren Jugendorganisation ab.

Noch mehr: Wir werden bei großen Wahlkampfveranstaltungen und Kundgebun-  
gen dieser Partei in unserer Region als Jusos gemeinsam auf die Straße gehen  
und Flagge für eine offene und tolerante Gesellschaft zeigen. Wir kämpfen in Zu-  
1745 kunft dafür, die Bevölkerung von unserem Gesellschaftsbild zu überzeugen  
und somit unseren Teil dazu beizutragen, dass die AfD in der politischen Bedeu-  
tungslosigkeit verschwindet.

### **6.3 Die Rache der Sith**

#### **1750 Umgang mit der Union**

Die regierende Zusammenarbeit mit CDU und CSU über kommunale Grenzen  
hinweg kann aus unserer Sicht nur dem Zweck geschuldet sein, dass es keine  
andere Möglichkeit gibt, sozialdemokratische Reformpolitik im Bund und in den  
1755 Ländern durchzusetzen. Für uns ist klar, dass wir einen Großteil sozialdemokrati-  
scher Ausrichtungen für die gesamte Gesellschaft mit der Union nicht realisieren  
können. Gleichzeitig lehnen wir viele Inhalte von CDU und CSU ab. Als Beispiel  
seien die PKW-Maut für Ausländer, das Verbot einer doppelten Staatsbürger-  
schaft und die Herdprämie genannt. Unabhängig davon hat sich gezeigt, dass  
1760 sich zwar einerseits einige SPD-Inhalte mit der Union durchsetzen lassen, aller-  
dings oft nur mit starken Einschränkungen. Das war beispielsweise in Bezug auf  
den Mindestlohn, auf die Frauenquote in Aufsichtsräten oder dem Entgelttranspa-  
renzgesetz der Fall. Deshalb stellt eine gemeinsame Regierung mit der Union aus  
unserer Sicht die schlechteste Regierungsoption für uns dar.

1765 Noch stärker als von den Parteien grenzen wir uns als Jusos von deren Jugendor-  
ganisation, der Jungen Union (JU), ab. Denn während die meisten parteipoliti-  
schen Jugendorganisationen progressivere Inhalte als ihre jeweilige Mutterpartei  
vertreten, verortet sich die JU zum Teil rechts von der CDU oder adaptiert ledig-  
1770 lich inhaltliche Beschlusslagen der Unionsparteien.

1775 Dies zeigt sich anhand aktueller Beschlusslagen zur Obergrenze von Flüchtlingen oder den Verboten zur doppelten Staatsbürgerschaft sowie des Adoptionsrechts für homosexuelle Paare. Deshalb kommt eine Zusammenarbeit mit der JU nicht in Frage.

#### 6.4 Das Imperium schlägt zurück

##### 1780 FDP als Regierungspartner?

1785 Bei der Bundestagswahl 2013 wurde die FDP für ihre Fokussierung als Partei abgestraft, die rein auf Wirtschaftsliberalität, Steuersenkungen und Sozialstaatsabbau setzt. Viele politische Beobachter haben ihr ein langes Dasein im außerparlamentarischen Betrieb prognostiziert. Doch damit weit gefehlt. Inzwischen hat sich die Partei programmatisch breiter aufgestellt und tritt in der Öffentlichkeit stärker als Bürgerrechtspartei auf. Resultat daraus waren Erfolge bei vielen Landtagswahlen und die bundesweite Etablierung in Umfragen jenseits der 5%-Hürde. Dieser Tendenz stehen wir grundsätzlich positiv entgegen, vergessen dabei aber

1790 nicht, dass die FDP größtenteils immer noch von neoliberalen Gedankengut geprägt ist. Für uns ist damit klar, dass mögliche Koalitionsoptionen mit der FDP seitens der SPD nur eingegangen werden können, wenn diese nicht auf zulasten des Sozialstaats geht.

1795 Hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit den Jungen Liberalen (JuLis) sehen wir in vielen Punkten Gemeinsamkeiten. So gab es bereits landesweit gemeinsam getragene Initiativen zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, öffentliche Bekundungen zur Legalisierung von Cannabis oder zum Stopp der Vorratsdatenspeicherung. Wir erkennen aber auch, dass die JuLis keine homogene Jugendbewegung ist. Daher prüfen wir auf lokaler Ebene stets, wofür die JuLis vor Ort jeweils inhaltlich stehen, bevor eine Zusammenarbeit mit ihnen in Betracht gezogen wird.

1800

## 6.5 Das Erwachen der Macht

### Rot-Rot-Grüne Mehrheiten nutzen

1805

Unser bevorzugter Koalitionspartner bundes- und landesweit ist nach wie vor die grüne Partei, auch wenn wir Tendenzen innerhalb der Grünen erkennen, sich langfristig inhaltlich auch für konservative Koalitionsmodelle aufzustellen.

1810

Angesichts der Tatsache, dass man zunehmend auf Parlamente zusteuert, die sich aus sechs Fraktionen zusammensetzen, macht es aber notwendig, dass man sich auch mit Dreierkoalitionen auseinandersetzt, damit die SPD langfristig auch weitere Regierungsoptionen neben der großen Koalition besitzt. Unsere als Jusos seit Jahren bevorzugte Variante liegt hier in der Zusammenarbeit mit den Grünen und der Partei DIE LINKE, also in einem rot-rot-grünen Bündnis (R2G).

1815

Dabei sind wir uns bewusst, dass DIE LINKE eine in sich gespaltene Partei ist. Neben reformorientierten Mitgliedern in den ostdeutschen Landesverbänden, sind Teile der westdeutschen LINKEN vor allem von Personen geprägt, die so rückwärtsgewandt sind, dass sie sich auch ohne weiteres der MLPD zuordnen ließen. Außenpolitische Positionen der Partei oder einzelner Abgeordnete zur Unterlassung von humanitären Interventionen, zum Austritt Deutschlands aus der EU oder überzogen israelisch-kritischer Positionen, die man als antisemitisch bezeichnen kann, sind für uns nicht konsensfähig. Wir gehen aber davon aus, dass DIE LINKE im Rahmen von Sondierungs- und Koalitionsgesprächen auf diese Inhalte verzichtet, da sie innerhalb dieser Partei ohnehin höchst umstritten sind.

1820

1825

1830

Wir sehen mit beiden Parteien in jedem Fall die Situation gewährleistet wie wir den größten Teil unserer Inhalte hinsichtlich sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Fragen in ein Regierungsprogramm unterzubringen. Deshalb stellt diese Regierungsoption für uns die größte Möglichkeit dar wie wir mit parlamentarischen Mehrheiten ein sozial-ökologisch orientiertes gesamtgesellschaftliches Reformprojekt Realität werden lassen zu können.

1835

1840

## 6.6 Die letzten Jedi

### Unser Verständnis vom Juso-Verband

1845

Wir definieren uns als Jusos im Allgemeinen als linkes Gewissen innerhalb der SPD, das sich als Ziel setzt alle inhaltlichen Beschlüsse hinsichtlich sozialdemokratischer Grundwerte nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu überprüfen und entsprechend anzupassen. Damit sehen wir uns als Stachel im Fleisch unserer Mutterpartei, der nicht davor zurückschreckt auch unbequem zu agieren.

1850

Im Speziellen sehen wir uns Jusos im Bezirk Braunschweig als Teil der Juso-Bezirke, die die Jusos als eigenständigen sozialistischen, feministischen und internationalistischen Richtungsverband verstehen und sich für linke Mehrheiten in Verband, Partei und Gesellschaften einsetzen. Daher verorten wir uns als Juso-Bezirk im Bewusstsein und der Verantwortung aus der im Jahr 1969 verbandintern vollzogenen Linkswende in der Juso-Gesamtlinken. Kulturell bedingt tauschen wir uns insbesondere mit den drei anderen niedersächsischen Bezirken, der Landesorganisation Bremen sowie den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Berlin aus. Gemeinsam wollen wir dafür sorgen, dass sich die Jusos auch in Zukunft zu ihren Grundwerten bekennen und sich selbst als eigenständigen Richtungsverband verstehen, der in kritischer Solidarität mit der SPD zusammenarbeitet.

1855

1860

1865

1870

1875

1880

# H1

AntragstellerInnen: UB Braunschweig

H1 Qualität der Lehre an Hochschulen und Universitäten erhalten

## **Qualität der Lehre an Hochschulen und Universitäten erhalten**

Wir fordern alle Abgeordneten und Mitglieder der SPD dazu auf, sich aktiv auf allen Parteebenen und in allen SPD-Fraktionen für eine schnelle Lösung des Konfliktes um die Einzelerfassung und die Einzelvergütung von wissenschaftlicher Literatur, welche in Hochschulen und Universitäten zur Forschung und Lehre bereitgestellt wird, einzusetzen. Die Verhandlungen zwischen Verwertungsgemeinschaft Wort, Hochschulrektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz müssen zu einem akzeptablen Ergebnis für Studierende und Lehrende führen. Dies kann nur durch eine Wiedereinführung der Pauschalvergütung erreicht werden.

Erläuterung:

Ein unverzichtbarer Bestandteil eines Studiums an einer Hochschule oder einer Universität ist die Arbeit mit wissenschaftlicher Literatur, Skripten, Abbildungen, Plänen und Audio- und Videodateien. Zur Vereinfachung werden im Folgenden diese wissenschaftlichen Mittel unter dem Begriff der „wissenschaftlichen Literatur“ zusammengefasst.

Die Bereitstellung von wissenschaftlicher Literatur ist für alle Studiengänge gleichermaßen von enormer Bedeutung. Nur durch eine gute, wissenschaftlich fundierte Bereitstellung von diesen Arbeitsmitteln, kann das Niveau der qualitativ hochwertigen akademischen Ausbildung in Deutschland gehalten werden. Dank den neuen digitalen Möglichkeiten, wird wissenschaftliche Literatur seit geraumer Zeit für Studierende online frei zugänglich in sogenannte Intranetportale zur Verfügung gestellt. Dies hat mehrere Vorteile. Zum einen erleichtert es die wissenschaftliche Arbeit immens, da dadurch jederzeit auf die wissenschaftliche Literatur zugegriffen werden kann und die räumliche Bindung an den Campus nicht mehr zwingend erforderlich ist. Auch bilden sich keine langen Schlangen mehr vor den Kopierern.

Des Weiteren ist durch die Digitalisierung der wissenschaftlichen Literatur, welche zumeist eingescannt online zur Verfügung gestellt wird, eine vereinfachte Interaktion zwischen Studierenden und Lehrenden erreicht worden. So kann einfach per Mail wissenschaftliche Literatur ausgetauscht werden, um die Lehre und Forschung zu unterstützen.

Diese öffentliche Bereitstellung von wissenschaftlicher Literatur ist in §52a des Urheberrechtsgesetzes definiert. So ist ebenfalls in §52a UrhG Absatz 4 zu lesen, dass die Bereitstellung angemessen vergütet werden soll. Dies kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden. In Deutschland übernimmt dies die Verwertungsgemeinschaft Wort, kurz VG Wort. Die VG Wort möchte nun die Vergütung der wissenschaftlichen Literatur von einer Pauschalvergütung auf eine Einzelvergütung umstellen.

Dies wurde zwischen der Kultusministerkonferenz, kurz KMK, und der VG Wort in einem Rahmenvertrag vom 22./28.09.2016 ausverhandelt. Man stimmte diesem Vertrag zu, obwohl ein zuvor gestartetes Pilotprojekt dieser neuen Einzelvergütung an der Universität Osnabrück gezeigt hat, dass damit ein erheblicher Mehraufwand für Studierende, vor allem aber auch für Lehrende, einherging. Die Ergebnisse dieses Pilotprojektes haben gezeigt: Die Einzelvergütung und damit verbunden auch die Einzelerfassung aller Dokumente sind mit einem erheblichen Aufwand verbunden und bringen nicht den gewünschten Effekt. So wurde die Freigabe von wissenschaftlicher Literatur in den Intranetportalen an die erfolgreiche Meldung geknüpft. Trotzdem wurden nur rund ein Viertel der zu erwarteten Erfassungen auch wirklich gemeldet, wodurch die bereits beschriebenen großen Vorteile der Intranetportale obsolet geworden sind. Die geringen Erfassungen haben zwei zentrale Gründe: Zum einen haben die Lehrenden die Literaturbeschaffung zum großen Teil, teilweise aber auch komplett, den Studierenden überlassen. Der Aufwand für die Studierenden hat sich in einer Befragung nach dem Pilotprojekt extrem erhöht. Als zweiter Grund wird der gesamte Erfassungsvorgang trotz langer Einführungen von den Lehrenden als sehr kompliziert empfunden, weshalb dies ebenfalls abgeschreckt habe. Der zusätzliche Erlös durch die Einzelerfassung beziffert der Bericht des Pilotprojektes auf circa 5000€. Dem gegenüber steht allerdings ein Mehraufwand der Lehrenden von mindestens 3900 Minuten also 65 Stunden, welche sich durch die reinen Meldevorgänge, die zusätzliche Recherche und Rückfragen zusammensetzt. Somit steht fest, dass die Einzelerfassung und die Einzelvergütung welche von der VG Wort gefordert wird in der praktischen Umsetzungen keinen Nutzen bringen. Im Gegenteil, sie schränken Forschung und Lehre erheblich ein. Deshalb fordern wir eine Lösung die allen Beteiligten zugutekommt. Eine Rückkehr zur Pauschalvergütung kann unserer Meinung nach nur die einzig richtige Möglichkeit sein.

# H2

AntragstellerInnen: UB Braunschweig

H2 Abschaffung der Exzellenzinitiative

## Abschaffung der Exzellenzinitiativen

Der Juso Unterbezirk Braunschweig möge beschließen und an alle SPD- und Juso-Ebenen weiterleiten:

Das System der Exzellenzinitiative, die nun unter dem Namen Exzellenzstrategie fortgeführt werden soll, muss abgeschafft werden. Stattdessen muss eine gerechtere Finanzierung aller Hochschulen und eine Anhebung der finanziellen Mittel gewährleistet werden, die verstärkt in eine bessere Lehre und eine infrastrukturelle Verbesserung der Hochschulen fließen sollen.

### Begründung:

Die Förderung ausgewählter Hochschulen führt dazu, dass eine Hierarchie unter den deutschen Hochschulen aufgebaut wird. Infolgedessen entscheiden sich zunehmend mehr Studenten für ein Studium an diesen besonders geförderten Universitäten, was dazu führt, dass der Druck im Wohnungsmarkt sehr konzentriert steigt und andere Universitäten nicht nur finanziell, sondern ebenso qualitativ benachteiligt werden.

20

25

30

# H3

AntragstellerInnen: UB Braunschweig

H3 Abschaffung der Altersgrenze in der studentischen Kranken- und Pflegeversicherung

## Abschaffung der Altersgrenze in der studentischen Kranken- und Pflegeversicherung

5

Die Bezirkskonferenz möge beschliessen:

Die der Altersgrenze ab dem 30. Lebensjahr für die studentische Krankenversicherung/ Pflegeversicherung muss abgeschafft werden.

10

Begründung:

Das Studium beginnt für die meisten direkt nach dem Abitur mit dem 18. Lebensjahr an einer staatlichen Hochschule. Sie sind bis zum 25. Lebensjahr über ihre Eltern in der gesetzlichen Familienversicherung versichert. Ab dem 25. Lebensjahr wechseln Studierende in die gesetzliche studentische Kranken- und Pflegeversicherung. Die Beitragshöhe der studentischen Krankenkasse ergibt sich durch Anwendung des prozentualen KV-Beitrags von 14,6 % auf die Bezugsgröße des Bafög-Höchstsatzes von 649 Euro, wobei für Studierende 7/10 des Ergebnisses gerechnet wird. Hinzu kommt der 2015 eingeführte Zusatzbeitrag, bei dem die 7/10-Regelung nicht greift. Die meisten Krankenkassen erheben dieses Jahr einen Zusatzbeitrag von 1 %. Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung beträgt dieses Jahr 2,55 %, wobei es für Kinderlose über Menschen 23 Jahren einen Zuschlag von 0,25 % gibt.

25

Somit ergeben sich folgende Kosten pro Monat:

Krankenversicherung Beitrag/Monat 66,33 € + Zusatzbeitrag

Pflegeversicherung für kinderlose Studierende über 23 Jahre 18,17 €

Pflegeversicherung für alle anderen Studierenden 16,55 €

Grob geschätzt zahlen Studierende zwischen 25 und 30 Jahren für die KV/PV ca. 90 €.

Falls die Studierenden Bafög-berechtigt und beitragspflichtig kranken- und pflegeversichert sind, erhalten sie für die Versicherung eine Erhöhung des Bafög-Bedarfs, der im Bafög geregelt ist.

Studierende erhalten eine vorgesehene Pauschale von 71 € für die Kranken- und 15 € für die Pflegeversicherung.

Die gesetzliche studentische KV/PV gilt höchstens bis zum 14. Fachsemester oder bis zur Beendigung des 30. Lebensjahres. Studierende bleiben danach in der gesetzlichen Krankenkasse, aber mit dem Status „freiwillig Versicherte\*r“ (vgl. § 9 Abs. 1 Nr. 1 SGB V).

Es gilt danach der Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte der jeweiligen Krankenkassen, sofern das Einkommen der Studierenden neben dem Studium nicht untypisch hoch ist. Der Mindestbeitrag liegt ab dem 1.1.2017 bei 138,83 €+ Zusatzbeitrag. Der Betrag ergibt sich, wenn man den Beitragsprozentsatz von 14 % für freiwillig-versicherte Mitglieder ohne Krankengeldanspruch auf die gesetzliche Mindesteinkommensgrenze von 991,67 € anwendet. Hinzu kommt der Beitrag für die Pflegeversicherung, der 2,8 % für kinderlose Studierende über 23 Jahre oder 2,55 % für alle anderen beträgt. So beträgt für kinderlose Studierende über 30 Jahren der Mindestbeitrag 180 €/Monat.

Das entspricht einer Verdoppelung der Beiträge ohne einen gleichzeitigen Ausgleich.

Diese Regelung wurde eingeführt, um ein Langzeitstudium unattraktiv zu machen. Die gegenwärtige Arbeitswelt verlangt Fortbildungen und „lebenslanges Lernen“, weshalb diese Regelung nicht mehr tragbar ist. Wer zuerst eine betriebliche Ausbildung absolvierte und längere Zeit in seinem Beruf tätig war und trotzdem noch studieren möchte, wird es schwer haben vor Ende des 30. Lebensjahres sein Studium zu beenden. Deswegen fordern wir die Abschaffung der Altersgrenze für die studentische KV/PV. Ältere Studierende haben nicht mehr Geld zur Verfügung als jüngere. Wir sehen darin eine Benachteiligung und Diskriminierung gegenüber älteren Kommilitonen, denn ihr Recht auf Bildung wird ihnen somit erschwert. Wir wollen allen die Möglichkeit bieten, ein Studium zu beginnen.

## Die Problematik von Lobbyismus an Schulen

### Einleitung

Im Rahmen des umfangreichen Feldes der politischen Bildung hat sich die Juso-Schülerinnen\*gruppe (JSG) im Unterbezirk Braunschweig mit dem Thema des Lobbyismus an Schulen kritisch auseinandergesetzt. In der Analyse wird der Status quo dargestellt, inwiefern Lobbyverbände also Einfluss an Schulen in Deutschland nehmen. In der Forderung wird begründet dargestellt, wie die momentane Situation aus unserer Sicht verändert werden muss.

### Analyse

Die aktuelle Situation sieht so aus, dass die unterschiedlichsten Modelle existieren, wie Unternehmen auf dem Schulhof partizipieren können.

15

Ein Beispiel ist der direkte Einfluss auf den Schulalltag durch Unterrichtsmaterialien, die von Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Dies bringt jedoch einige Probleme mit sich. So hat der Verbraucherzentrale Bundesverband innerhalb einer Studie aus dem Jahr 2013 festgestellt, dass gerade Unterrichtsmaterialien aus der Wirtschaft qualitativ sehr oft hinterherhinken. Hier wurden 40% wirtschaftsnaher Materialien mit den Noten ausreichend (20,5%) oder mangelhaft (17,9%) bewertet.

Als Hauptgründe für die schlechten Ergebnisse werden angegeben, dass oft Sachverhalte einseitig oder verkürzt dargestellt werden, direkt Werbung für Produkte gemacht wird oder es versucht wird, das Unternehmen in positivem Licht stehen zu lassen.

Rechtlich ist diese Form der Werbung in den meisten Bundesländern zwar verboten, doch sind diese Gesetze oft schwammig formuliert und lassen große Freiräume.

35

Eine weitere Form der wirtschaftlichen Einflussnahme an Schulen ist die Bereitstellung externer Expert\*innen. Diese können ihr Fachwissen im Unterricht referieren, doch besteht auch hier die Gefahr einer einseitigen und verkürzten Darstellung von Sachverhalten, da diese Expert\*innen natürlich das Interesse haben, ihr Unternehmen oder Ihre Branche in ein positives Licht zu stellen.

40

Des Weiteren können Unternehmen in Form von sogenannten Schulpartnerschaften Einfluss auf den Schulalltag nehmen. Bei diesen Schulpartnerschaften wird zwischen einem Unternehmen und einer Schule Vertrag geschlossen. Vereinbarungen sind z.B. die Bereitstellung von Praktikumsplätzen, einfache Geldüberweisungen oder die schon angesprochenen Expert\*innen, die die Schüler\*innen im Unterricht besuchen können. Problematisch hierbei sind oft die Forderungen, die an die Schulen gestellt werden, so sollte eine Schule in Nordrhein-Westfalen welche eine Partnerschaft mit RWE schloss, den Schüler\*innen die Bedeutung der Braunkohle-Industrie näher bringen, was im Endeffekt jedoch vom Kultusministerium gestoppt wurde. Unternehmen nutzen solche Partnerschaften meist zur Imagepflege und Nachwuchssicherung aus. Dies alles sind jedoch nur einige Beispiele unternehmerischer Partizipation am Schulalltag.

Forderung

Aus diesen Mängeln ergibt sich sowohl schulinterner als auch politischer Handlungsbedarf.

So müssen Lehrer\*innen zureichend mit der Thematik vertraut gemacht werden. Dies kann im Rahmen von Fortbildungen geschehen oder direkt im Studium verankert werden. Auch schulinterne und -externe Ansprechpartner\*innen sind von Nöten, welche bei Fragen durch Lehrkräfte Rede und Antwort stehen.

60

65

Doch nicht nur Lehrer\*innen müssen mit der Thematik vertraut gemacht werden. Auch Schüler\*innen und Eltern sollten im Rahmen von Informationsveranstaltungen informiert werden und ein Mitspracherecht in Sachen Sponsoring und Werbung an ihrer Schule erhalten.

Des Weiteren müssen auch politisch Entscheidungen getroffen werden ,um den unternehmerischen Einfluss an Schulen einzudämmen. So muss Werbung grundsätzlich verboten werden und Sponsoring ist deutlich einzuschränken. Daher sollte von staatlicher Seite eine Prüfstelle bzw. Zulassungsstelle eingerichtet werden, deren Aufgabe es ist Unterrichtsmaterialien aus der Wirtschaft auf ihren Nutzen zu prüfen und gegebenenfalls zu verbieten. Damit wäre auch das Problem fehlender Transparenz bei der Finanzierung jener Materialien gelöst, da intransparente Materialien schlichtweg nicht zugelassen werden würden.

Die Hauptaufgabe der Politik in dieser ganzen Thematik ist es jedoch Schulen durch eine ausreichende Finanzierung gar nicht erst in die Lage zu bringen, sich in die Abhängigkeit von Unternehmen begeben zu müssen, und unternehmerische Unterstützung an Schulen im Endeffekt überflüssig zu machen.

# W1

AntragstellerInnen: Bezirksvorstand

W1 Arbeit 4.0 – Wirtschaft 4.0 – Leben 4.0

## Arbeit 4.0 – Wirtschaft 4.0 – Leben 4.0

Die Digitalisierung verändert unsere Art des Wirtschaftens und somit unsere Gesellschaft. Es wird weniger wichtig wo eine Arbeit verrichtet wird und viele traditionelle Arbeitsplätze werden in Zukunft ganz wegfallen. Durch vernetztes Wirtschaften können Roboter und Maschinen in Zukunft und schon jetzt mehr Arbeiten ohne den Menschen ausführen als vorher. Dieser Trend wird sich fortsetzen und zu einem Strukturwandel unserer Arbeitswelt führen. Dies wird große Auswirkungen auf die Lebensrealität vieler Menschen in Deutschland, aber auch auf der ganzen Welt haben. Arbeit ist mehr als Broterwerb und wesentlicher Teil der Identifikation eines Menschen. Daraus entsteht die Verpflichtung diesen Wandel so zu steuern, dass es zu keinen Strukturbrüchen kommt. Um diesen Strukturwandel zu begleiten braucht es aus unserer Sicht 4 Maßnahmen:

### 1. Eine besseres und auf lebenslanges Lernen ausgerichtetes Bildungssystem

Einen massiven Ausbau der digitalen Infrastruktur

Internationale Arbeitsstandards

Sichere Beschäftigung trotz flexiblen Arbeitsbedingungen

### **Ein besseres Bildungssystem**

Der Bezirk Braunschweig versteht Bildung als einen emanzipatorischen Akt. Bildung ist ein Wert an sich und sollte in erster Linie der Mündigkeit und weniger der Verwertbarkeit dienen. Dieses Ideal nimmt in einer sich immer schneller weiterentwickelnden, komplizierter werdenden Welt neue Fahrt auf. Was hilft es schließlich in der Schule etwas auswendig zu lernen, was in wenigen Jahren veraltet sein wird. Wichtig ist zu vermitteln wie Wissen angeeignet wird und es weiterentwickelt werden kann. Dafür braucht es eine individuellere Förderung einer jeden Schülerin und eines jeden Schülers. Die Einsicht ist alt, aber richtig: Dies geht nur mit mehr und besser ausgebildeten LehrerInnen.

Die Bildung hört nicht mit der Zeugnisübergabe auf. Es muss ein ständiges Weiterbildungssystem etabliert werden. Die Jusos haben kürzlich mit dem Konzept der Arbeitsversicherung einen wichtigen Impuls für diese Debatte gelegt. Es wird darum gehen in Zukunft nicht mehr die Arbeitslosigkeit zu verwalten, sondern die ArbeitnehmerInnen schon im Beruf dauerhaft so weiter zu qualifizieren, dass sie gar nicht erst arbeitslos werden.

## **Die Zukunft gibt's nicht für lau**

Um in Zukunft erfolgreich wirtschaften zu können braucht Deutschland eine herausragende Infrastruktur. Leider ist die Breitbandversorgung bestenfalls mittelmäßig und wird sich durch aktuelle Förderprogramme des Bundes auch nicht so wesentlich verbessern wie es nötig wäre. Es ist zwar eine ehrenhafte Initiative in ganz Deutschland eine Bandbreite von 30 Mbits erreichen zu wollen, in naher Zukunft wird dies jedoch schon wieder ein überholter Standard sein. Nötig ist ein flächendeckender Ausbau eines Glasfasernetzes an fast jeden Anschluss. Wer heute Kupferleitungen verbaut und auf Vektoringmodelle setzt verschwendet Geld, das in langfristigen Zukunftsinvestitionen besser angelegt wäre. Eine Mindestforderung für diese verfehlte Politik müssten Lehrrohre sein, sodass ein nachträglicher Ausbau durch Glaserfaserkabel kosteneffizienter würde. Dabei ist es für uns Jusos besonders wichtig zu betonen, dass der Glasfaserausbau kein Phänomen großer Städte sein darf. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland und der ganzen Welt lebt in ländlichen Regionen, ihre Interessen, sei es wirtschaftlich oder privat, sind genauso wichtig wie die von urbanen Regionen.

Ohne massive Investitionen in Infrastruktur wird es keine zukunftsfähige Industrie und keine zukunftsfähige Arbeit geben. Für uns Jusos bedeutet Industrie Wohlstand. Wohnstand und Industrie sind für uns zwei Seiten der gleichen Medaille. Sozialistische Politik muss die Frage aufwerfen, wem die Industrie gehört und somit nutzt. Auch für die industrielle Produktion, die nicht verschwinden wird, muss eine adäquate Infrastruktur her. Beispiele wie das Kraftwerk Buschhaus zeigen, dass es nötig ist in unserer Region auch neue Industrie anzusiedeln.

## **Internationalisierung von Gewerkschaften**

In Zeiten in denen Arbeit nicht mehr zwangsläufig an einen Arbeitsplatz im räumlichen Sinne geknüpft ist verändert sich auch die Arbeit von Gewerkschaften. Es stellt sich die Frage was in Zukunft als ein Betriebsstandort gilt und wer zu dieser Belegschaft gehört. Dies bietet die Möglichkeit die ArbeitnehmerInnen gegeneinander auszuspielen. Dies kann leicht auch zu einem internationalen Problem werden, weil international die Gewerkschaften nicht so organisiert sind wie es in traditionell nationalen Organisationen der Fall ist. Mehr denn je gilt die Parole: Einheit macht stark, hoch die internationale Solidarität! Gewerkschaften werden sich internationalisieren müssen, das Kapital ist es schon seit Jahrhunderten und internationalisiert sich weiter.

## **Sichere Beschäftigung und flexible Arbeit dürfen kein Widerspruch sein**

Die Digitalisierung von Arbeit hat auch für ArbeitnehmerInnen durchaus Vorteile. Beispielsweise ist es so viel einfacher Arbeitszeit flexibel zu gestalten und somit Familie und Beruf besser miteinander zu vereinen. Entsprechend sprechen wir uns für die Möglichkeit von flexiblen Arbeitsbedingungen aus, unter denen ArbeitnehmerInnen nicht leiden dürfen. Es braucht ein Recht darauf nicht erreichbar zu sein und keine Mails lesen zu müssen. Die Gewerkschaften werden in Zusammenarbeit mit dem Gesetzgeber Lösungen finden müssen ArbeitnehmerInnen sinnvoll zu schützen ohne einer sinnvollen Flexibilisierung einen Riegel vorzuschieben.

Für uns ist klar auch in der Arbeitswelt der Zukunft darf es keine sachgrundlose Befristung geben. Ein unbefristeter Arbeitsvertrag muss wieder zum Normalfall werden.

Ein weiteres Instrument der Flexibilisierung und sicheren Beschäftigung ist für uns die Familienarbeitszeit. Der Staat sollte es fördern, wenn sich beide PartnerInnen um ihre Familie kümmern.

Bei großem Produktivitätsgewinn müssen auch die ArbeitnehmerInnen profitieren. Denkbar wären beispielsweise Arbeitszeitverkürzungen. Wenn Maschinen ohne menschliche Arbeit mehr schaffen sollte dies ein Delta dafür schaffen, dass mit mehr Freizeit gefüllt werden kann. Für uns Jusos ist klar, dass große Produktivitätszuwächse der gesamten Bevölkerung zugutekommen müssen und nicht einigen Wenigen.

90

### **Die größte wirtschaftliche Revolution seit dem 19. Jahrhundert**

Aktuell läuft die größte wirtschaftliche Revolution seit dem 19. Jahrhundert an. Diese kann auch zu genauso großen Verwerfungen und Krise führen. Wenn sie aber durch sozialistische Politik, zum Wohle aller, gestaltet wird kann Sie auch zu größerem und besser verteiltem Wohlstand führen. Auch in Zukunft gilt: Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

100

105

110

115